

7. Sitzung

Mittwoch, 8. Juni 2016

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 6. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
 - 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebärung 2015
(Nr. 339 der Beilagen)
 - 3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend Bestellung eines Baurechtes an einer Teilfläche der landeseigenen Liegenschaft Grst. Nr. 3392, EZ 30011, GB 56537 Salzburg
(Nr. 341 der Beilagen)
 - 3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz geändert wird
(Nr. 342 der Beilagen)
 - 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Wacheorganengesetz geändert wird
(Nr. 343 der Beilagen)
 - 3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Bezügegesetz 1992 geändert werden und ein Landes-Sonderpensionsgesetz erlassen wird (Landes-Sonderpensionenbegrenzungs-gesetz)
(Nr. 344 der Beilagen)
 - 3.1.6 Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern und über den Salzburger Nationalparkfonds im Jahre 2015
(Nr. 340 der Beilagen)
 - 3.1.7 Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebärung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2015
(Nr. 345 der Beilagen)
 - 3.1.8 Bericht der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015
(Nr. 361 der Beilagen)
 - 3.1.9 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Behindertengesetz 1981 geändert wird
(Nr. 362 der Beilagen)

- 3.1.10 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 2015 geändert, das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 aufgehoben und der Landeswohnbaufonds aufgelöst werden (Nr. 363 der Beilagen)
- 3.1.11 Vorlage der Landesregierung betreffend die Abgabe einer Finanzierungszusicherung bzw. Garantieerklärung zugunsten der Gemeinde Saalbach-Hinterglemm anlässlich der Bewerbung für die alpine Schi Weltmeisterschaft 2023 und folgende gemäß Art 48 L-VG (Nr. 364 der Beilagen)
- 3.1.12 Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015 (Nr. 365 der Beilagen)
- 3.1.13 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der A-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 366 der Beilagen)
- 3.1.14 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der B-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 367 der Beilagen)
- 3.1.15 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der D-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 368 der Beilagen)
- 3.2 Anträge
- 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Brand und Klubvorsitzender Steidl betreffend Gitzen-tunnel (Nr. 369 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Brand)
- 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Auswirkungen der Steuerreform auf die heimischen Vereine und die Tourismus- und Freizeitwirtschaft (Nr. 370 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 3.2.3 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung eines gesetzlich geregelten SchülerInnenparlaments auf Landes- und Bundesebene (Nr. 371 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 3.2.4 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und HR Dr. Schöchgl betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission (Nr. 372 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
- 3.2.5 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchgl, Ing. Sampl und Jöbstl betreffend die Einführung eines österreichweiten Schüler- und Studententickets für die Nutzung Öffentlicher Verkehrsmittel (Nr. 373 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

- 3.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. SchöchI betreffend Ablehnung der Eintragung von personenbezogenen Leistungsmitteln als Voraussetzung für die Spendenabsetzbarkeit
(Nr. 374 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)
- 3.2.7 Antrag der Abg. Jöbstl und Bartel betreffend österreichweit einheitliche Rahmenbedingungen für die Zentralmatura
(Nr. 375 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 3.2.8 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend „Frisch gekochtes Essen an allen Salzburger Schulen“
(Nr. 376 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Salzburg Corporate Governance Kodex
(Nr. 377 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Mag. Mete MA BA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Förderung von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien in Sportvereinen
(Nr. 378 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Mikroplastik-Belastung in Salzburg
(Nr. 379 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.12 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend blinde und sehbehinderte Menschen im Bundesland Salzburg
(Nr. 380 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 3.2.13 Antrag der Abg. Fuchs, Mag.^a Sieberth und Scheinast betreffend ein Gesamtkonzept zur Reduktion von Lebensmittelabfällen
(Nr. 381 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.14 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Schaffung einer geförderten Halbjahreskarte
(Nr. 382 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 3.2.15 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Kostenüberschreitungen bei Bauvorhaben
(Nr. 383 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 3.2.16 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Unterstützung der Salzburger Landwirtschaft
(Nr. 384 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 3.2.17 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die sofortige Umsetzung des Projektes S-Bahn Pinzgau zwischen Bruck und Saalfelden
(Nr. 385 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 3.3 schriftliche Anfragen
- 3.3.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Förderung für Elektroautos
(Nr. 178-ANF der Beilagen)

- 3.3.2 Anfrage der Abg Klubobmann. Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Langzeitarbeitslosigkeit in Salzburg (Nr. 179-ANF der Beilagen)
- 3.3.3 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2016 (Nr. 180-ANF der Beilagen)
- 3.3.4 Anfrage der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße (Nr. 181-ANF der Beilagen)
- 3.3.5 Anfrage der Abg. Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung (Nr. 182-ANF der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung bezüglich der steigenden Zahl an Asylwerbern (Nr. 183-ANF der Beilagen)
- 3.3.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend der Roadshow zum Landesmobilitätskonzept „salzburg.mobil 2025“ (Nr. 184-ANF der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bezüglich der Strukturdefizite des Universitätsklinikums für Innere Medizin I. (Nr. 185-ANF der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bezüglich der Dialysestation des LKH (Nr. 186-ANF der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung bezüglich der Unterbringung von Asylwerbern (Nr. 187-ANF der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Schutz von Frauen in Salzburger Asylquartieren (Nr. 188-ANF der Beilagen)
- 3.3.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Barock-Ausstellung des Salzburg-Museums im Louvre in Paris (Nr. 189-ANF der Beilagen)
- 3.3.13 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Patientendaten (Nr. 190-ANF der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Mete und Abg. Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Maßnahmen zugunsten AsylwerberInnen und Asylberechtigten (Nr. 191-ANF der Beilagen)

- 3.3.15 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Beteiligung der Salzburg AG am Kohlekraftwerk Lünen (D)
(Nr. 192-ANF der Beilagen)
- 3.3.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Einsparungen von Schulwarten und Hausmeistern in landeseigenen Schulen und Bildungseinrichtungen
(Nr. 193-ANF der Beilagen)
- 3.3.17 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2016
(Nr. 194-ANF der Beilagen)
- 3.3.18 Anfrage der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburg 20.16 GmbH
(Nr. 195-ANF der Beilagen)
- 3.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg
(Nr. 196-ANF der Beilagen)
- 3.3.20 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit und Verordnung mit der Krankenanstalten- und Großgeräteplan geändert werden
(Nr. 197-ANF der Beilagen)
- 3.3.21 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche
(Nr. 198-ANF der Beilagen)
- 3.3.22 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. Schöchel an Landesrat Mayr betreffend die künftige Nutzung des Parkplatzes des Grödiger Stadions
(Nr. 199-ANF der Beilagen)
- 3.3.23 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend schmale Bahnsteige
(Nr. 200-ANF der Beilagen)
- 3.3.24 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Güterverkehr
(Nr. 201-ANF der Beilagen)
- 3.3.25 Anfrage der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Freiwilliges Integrationsjahr
(Nr. 202-ANF der Beilagen)
- 3.3.26 Anfrage der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Maßnahmen zum grenzüberschreitenden Universitätszugang
(Nr. 203-ANF der Beilagen)

- 3.3.27 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Frauenpolitik (Nr. 204-ANF der Beilagen)
- 3.3.28 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Frauenpolitik (Nr. 205-ANF der Beilagen)
- 3.3.29 Anfrage der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Gastspielförderung im Bundesland Salzburg (Nr. 206-ANF der Beilagen)
- 3.3.30 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Vorgänge im Seniorenheim St. Nikolaus in Neumarkt (Nr. 207-ANF der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
- 3.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend Modellversuche Neue Mittelschule; Follow-up-Überprüfung
- 3.4.2 Bericht des Rechnungshofes betreffend Zivildienst
- 4. Aktuelle Stunde
"Sinnlose Bürokratie und Sanktionen gegen die Wirtschaft" (FPÖ)
- 5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
- 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend bezahlbares Wohnen
- 5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend: „Schimmelbefall im Landeskrankenhaus“
- 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Bewilligungspflicht für Gartenhäuschen
- 5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Entbürokratisierung
- 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Brand an Landesrat Mayr betreffend „Park and Ride“ Konzept
- 5.6 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Information bei meldepflichtigen Krankheiten zwischen Landessanitätsdirektion und niedergelassenen ÄrztInnen
- 5.7 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Novelle Kinderbetreuungsgesetz
- 6. Dringliche Anfragen

- 6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Patientendaten
(Nr. 190-ANF der Beilagen)
7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 7.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz geändert wird
(Nr. 346 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Grundversorgungsgesetz geändert wird
(Nr. 347 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 7.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend die Beendigung der Privatbeteiligung am Strafverfahren von Funktionären infolge Schuldtilgung durch den Verein ASKÖ Landesverband Salzburg
(Nr. 348 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.4 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Fonds zur Förderung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum in Salzburg für das Jahr 2014
(Nr. 349 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 7.5 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Bericht der Landesregierung betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2013 – 2018, Fortschreibung 2015, für die 15. Gesetzgebungsperiode
(Nr. 350 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
- 7.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung des Salzburger Jugendlandtages
(Nr. 351 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)
- 7.7 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler-Kainzner, Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Konradinum
(Nr. 352 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)
- 7.8 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Dekarbonisierungsstrategie für Österreich
(Nr. 353 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 7.9 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Änderung des § 7 der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973
(Nr. 354 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchel)
- 7.10 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Jöbstl und Bartel betreffend die Anti-Doping-Bestimmungen im Salzburger Landessportgesetz
(Nr. 355 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Bartel)

- 7.11 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Schneglberger und Ing. Mag. Meisl betreffend die Vorgehensweise bei Natur-Badeplätze außerhalb von Freibädern
(Nr. 356 der Beilagen- Berichterstatte: Abg. Schneglberger)
- 7.12 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend Suizidprävention für Kinder und Jugendliche im Bundesland Salzburg
(Nr. 357 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.13 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Senkung der Erdgaspreise für Kunden der Salzburg AG
(Nr. 358 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.14 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015
(Nr. 359 der Beilagen – Berichterstatte: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)
- 7.15 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich
(Nr. 360 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.16 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum dringlichen Antrag der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Gitzentunnel
(Nr. 386 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Brand)
- 7.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Auswirkungen der Steuerreform auf die heimischen Vereine und die Tourismus- und Freizeitwirtschaft
(Nr. 387 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Steiner BA MA)
- 7.18 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz geändert wird
(Nr. 388 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. HR Dr. Schöchl)
- 7.19 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 2015 geändert, das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 aufgehoben und der Landeswohnbaufonds aufgelöst werden
(Nr. 389 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Mag. Mayer)
- 7.20 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der A-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 390 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.21 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der B-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 391 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Mag. Scharfetter)

- 7.22 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der D-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals
(Nr. 392 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 141-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend „Wohnen auf Zeit“
(Nr. 141-BEA der Beilagen)
- 8.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 143-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrat Mayr - betreffend die Anbringung von Zusatztafeln unter Ortstafeln
(Nr. 143-BEA der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 145-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Wohnobjekte für Asylwerber und Asylsuchende
(Nr. 145-BEA der Beilagen)
- 8.4 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 146-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern in Sportstätten
(Nr. 146-BEA der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 147-ANF der Beilagen) betreffend die Interne Revision des Landes
(Nr. 147-BEA der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat Mayr (Nr. 151-ANF der Beilagen) betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand
(Nr. 151-BEA der Beilagen)
- 8.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 152-ANF der Beilagen) betreffend Sonderverträge zur Unterbringung von Flüchtlingen
(Nr. 152-BEA der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 155-ANF der Beilagen) betreffend Pflegeeltern
(Nr. 155-BEA der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 156-ANF der Beilagen) betreffend die österreichische Demenzstrategie 2015
(Nr. 156-BEA der Beilagen)

- 8.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 159-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg (Nr. 159-BEA der Beilagen)
- 8.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 160-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2016 (Nr. 160-BEA der Beilagen)
- 8.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 161-ANF der Beilagen) betreffend die Senkung der Mieten (Nr. 161-BEA der Beilagen)
- 8.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 162-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend die aktuellen Zahlen zu den Asylwerbern und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (Nr. 162-BEA der Beilagen)
- 8.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 163-ANF der Beilagen) betreffend die Stadtreionalbahn (Nr. 163-BEA der Beilagen)
- 8.15 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger an die Landesregierung (Nr. 164-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Erreichung der Klimaziele durch den Masterplan Klima und Energie (Nr. 164-BEA der Beilagen)
- 8.16 Dringliche Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 165-ANF der Beilagen) betreffend Masterplan Klima + Energie 2020 (Nr. 165-BEA der Beilagen)
- 8.17 Anfrage der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 175-ANF der Beilagen) betreffend die Entwicklungen des Energie- und Wasserverbrauchs durch Beschneigungsmaßnahmen (Nr. 175-BEA der Beilagen)
- 8.18 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 166-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Geothermie (Nr. 166-BEA der Beilagen)
- 8.19 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 167-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Betriebliche Gesundheitsvorsorge (Nr. 167-BEA der Beilagen)

- 8.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 168-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Verkehrsgeschwindigkeitsbeschränkungen auf Salzburger Landesstraßen B und L sowie die Erhaltung der Landesstraßen (Nr. 168-BEA der Beilagen)
- 8.21 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 171-ANF der Beilagen) betreffend die Section Control im Pinzgau/Zell am See (Nr. 171-BEA der Beilagen)
- 8.22 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 176-ANF der Beilagen) betreffend die Salzburger Kulturpreislandschaft Neu (Nr. 176-BEA der Beilagen)
- 8.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 177-ANF der Beilagen) betreffend Einsparungen bei Sozialvereinen (Nr. 177-BEA der Beilagen)
- 8.24 Anfrage der Abg. Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 182-ANF der Beilagen) betreffend die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung (Nr. 182-BEA der Beilagen)

.-.-.-.-.-

(Beginn der Sitzung: 09:04 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Vertreter der Medien!

Ich wünsche einen schönen guten Morgen und eröffne die 7. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode.

Ich rufe auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind Abgeordnete Hirschbichler ganztags, Landesrat Mayr ganztags, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl ab 17:00 Uhr, Landesrat Dr. Schellhorn von 10:30 bis 14:00 Uhr, Abgeordneter Mete ab 14:00 Uhr und Bundesrat Saller ganztags.

Damit komme ich zu

Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 6. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Wie immer ist das Protokoll allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Es sind keine Einwände dagegen in der Landtagsdirektion eingelangt. Daher stimme ich jetzt nunmehr ab und lasse das Protokoll genehmigen. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Keine. Damit stelle ich die einstimmige Genehmigung fest.

Ich komme nunmehr zu

Punkt 3: Einlauf

3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befinden sich zwölf Vorlagen und drei Berichte der Landesregierung.

3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebärung 2015
(Nr. 339 der Beilagen)

3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend Bestellung eines Baurechtes an einer Teilfläche der landeseigenen Liegenschaft Grst. Nr. 3392, EZ 30011, GB 56537 Salzburg
(Nr. 341 der Beilagen)

3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz geändert wird
(Nr. 342 der Beilagen)

3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Wacheorganengesetz geändert wird
(Nr. 343 der Beilagen)

3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Bezügegesetz 1992 geändert werden und ein Landes-Sonderpensionsgesetz erlassen wird (Landes-Sonderpensionenbegrenzungsgesetz)
(Nr. 344 der Beilagen)

3.1.6 Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern und über den Salzburger Nationalparkfonds im Jahre 2015
(Nr. 340 der Beilagen)

3.1.7 **Bericht** der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2015

(Nr. 345 der Beilagen)

3.1.8 **Bericht** der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Subventionsberichtes des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015

(Nr. 361 der Beilagen)

3.1.9 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Behindertengesetz 1981 geändert wird

(Nr. 362 der Beilagen)

3.1.10 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 2015 geändert, das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 aufgehoben und der Landeswohnbaufonds aufgelöst werden

(Nr. 363 der Beilagen)

3.1.11 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Abgabe einer Finanzierungszusicherung bzw. Garantieerklärung zugunsten der Gemeinde Saalbach-Hinterglemm anlässlich der Bewerbung für die alpine Schi Weltmeisterschaft 2023 und folgende gemäß Art 48 L-VG

(Nr. 364 der Beilagen)

3.1.12 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2015

(Nr. 365 der Beilagen)

3.1.13 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der A-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 366 der Beilagen)

3.1.14 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der B-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 367 der Beilagen)

3.1.15 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der D-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 368 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind die Geschäftsstücke zugewiesen.

3.2 Anträge

Ich komme nunmehr zu den weiteren Anträgen. Im Einlauf befindet sich ein

3.2.1 **Dringlicher Antrag** der Abg. Brand und Klubvorsitzender Steidl betreffend Gitzentunnel

(Nr. 369 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Brand)

Ich ersuche den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Steiner BA MA (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Für die Antragsteller zu Wort gemeldet Kollege Brand. Bitte! Du hast fünf Minuten.

Abg. Brand: Sehr geehrte Präsidentin! Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Seit fast 20 Jahren beschäftigt das Land der Gitzentunnel. Nach unserer Ansicht ist der Gitzentunnel nur eine punktuelle Lösung für den Flachgau, also für die B156, und wirft weitere Probleme auf im Bereich von Lamprechtshausen, wo ja zur Zeit schon eine schwierige Ortsdurchfahrt ist und immer wieder es zu Staus kommt, weil die LKW nicht füreinander kommen. Laut einer Studie, die uns vor kurzem vorgelegt worden ist, sind pro Tag nur 78 LKW dem Durchzugsverkehr zuzurechnen. Also ist das Verkehrsproblem auf der B156 eindeutig ein hausgemachtes System. Auf der anderen Seite gibt es einen hohen Sanierungsbedarf bei den B- und L-Straßen im ganzen Land. Laut einer kürzlich erfolgten Anfragebeantwortung müsste man pro Jahr 30 Kilometer mehr sanieren, damit der Sanierungsbedarf abgedeckt wird.

Weiters gibt es natürlich auch noch ein hohes Potential für den öffentlichen Nahverkehr gerade entlang der Salzburger Lokalbahn, wo noch lange nicht die Leistungsgrenze erreicht worden ist, aber ständig die Garnituren voll sind und so die Leute abgeschreckt werden, dass sie mit der Lokalbahn fahren und auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen. Es gilt, eine innovative und eine zukunftsweisende Lösung zu machen für den gesamten Flachgau und nicht nur eine punktuelle Lösung für Bergheim.

Weiters ist auch noch aus unserer Akteneinsicht hervorgegangen, dass man zu Bedenken gibt, und das ist aus Niederösterreich gekommen, wo man sich erkundigt hat, dass voraussichtlich große Investoren aus Spanien, Portugal, Deutschland ein PPP-Modell finanzieren werden und damit auch die Arbeit an ausländische Firmen gehen wird. Also so gesehen

wird das Geld nicht im Land bleiben, sondern ins Ausland wandern, wenn man ein PPP-Modell anstrebt.

Weiters ist auch noch zu sagen, dass man mit dem Ausbau der Straße mit dem Gitzentunnel sicher nicht die Klimaziele erreichen wird. Die Klimaziele erreicht man anders, indem man die Leute auf die öffentlichen Verkehrsmittel bringt und auch den Güterverkehr auf die Bahn bringt, weil das reduziert die Fahrten eben im Flachgau und im Bereich B156.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass bereits für das Jahr 2016 eine Entscheidung folgen soll und bevor noch weiteres Geld in die Planung des Gitzentunnels fließt, sollte man das Geld lieber für andere Dinge verwenden, eben für die Sanierung der B- und L-Straßen und für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Darum bitte ich Euch, der Dringlichkeit zuzustimmen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich für die ÖVP Kollege Schöchel.

Abg. HR Dr. Schöchel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorerst ein Wort zur Dringlichkeit des Antrages und in dieser Debatte befinden wir uns eigentlich. Dieser Antrag, der gerade eingelaufen ist und darüber zu befinden, nämlich ob er wirklich so dringlich ist, dass er am Nachmittag im Ausschuss sofort behandelt wird bzw. am Abend dann auch hier in diesem Hohen Haus wieder abzustimmen ist. Wir, die ÖVP-Fraktion, wird der Dringlichkeit zustimmen, aber nicht aus Überzeugung, sondern weil es einfach eine politische und parlamentarische Usance ist bzw. gute Sitte dieses Hauses, dass man dem Wunsch nach Dringlichkeit zustimmt.

Aber es darf durchaus erlaubt sein fragen worin die Dringlichkeit besteht, welche neuen Fakten jetzt eigentlich an das Tageslicht gekommen sind. Der geschätzte Kollege Gerd Brand hat es gerade ausgeführt, dass der Gitzentunnel schon Jahre, wenn nicht zu sagen ein Jahrzehnt in der öffentlichen Diskussion steht, dass er weiterentwickelt wurde und dass darüber nachgedacht wurde, und da stellt sich natürlich wirklich auch die Frage der Dringlichkeit. Dass dieser Antrag auch auf dem normalen Weg das Licht der parlamentarischen Welt hätte erblicken können, steht für mich außer Zweifel, aber wenn es der Willen der Väter dieses Antrages ist, dann soll es eine Sturzgeburt sein und das soll uns auch Recht sein. Es ist eben gute Sitte dieses Hauses, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Kurz noch einige inhaltliche Fakten und Anmerkungen, die das Ganze untermauern. Es ist Faktum und altbekanntes Faktum, dass der Flachgau eine prosperierende, eine sehr dynamische Region ist, in verschiedenen Bereichen an der Spitze in Österreich steht. Das bedingt natürlich auch eine teilweise große Herausforderung in der Siedlungs- bzw. in der Wirtschaftsstruktur. Die Alternative nichts zu tun, würde Stillstand bedeuten. Stillstand besonders in einem Bereich, nämlich im nördlichen und nordwestlichen Flachgau, wo also

die wirtschaftliche Weiterentwicklung wahrscheinlich eingestellt werden würde. Wir brauchen hier ganz klare Infrastruktur, und das wäre der Gitzentunnel, nämlich ein klares Infrastrukturprojekt für den nördlichen und nordwestlichen Flachgau.

Natürlich hat es auch Auswirkungen auf Bergheim. Es ist schon erwähnt worden, wobei ich mit Staunen bei der Verlesung der Präambel gehört habe, dass, und ich zitiere es, ich habe es mir aufgeschrieben „die Gemeinde Bergheim durch den Gitzentunnel nur geringfügig entlastet würde“. Alle Verkehrsexperten und auch die Anfragebeantwortung, die vor wenigen Monaten vom Verkehrslanderrat dem Hohen Haus gegeben worden ist, sagen, dass es in der Ortsdurchfahrt etwa zu einer Verringerung von 50 % kommen würde des PKW-Verkehrs und dass eigentlich der gesamte LKW-Verkehr aus Bergheim in Richtung Tunnel verlagert würde. Das ist in dem Bereich ein sehr hoher Prozentsatz. Etwa 20 % aller Fahrten sind LKW-Verkehr und bei 20.000 bis 24.000 pro Tag kann sich jeder ausrechnen, wie hoch eigentlich die Effektivität ist und da gibt es eine Diskrepanz zwischen der Behauptung, dass nur eine geringfügige Entlastung vorhanden ist und den Expertenmeinungen.

Wir werden heute Nachmittag sicher die Fakten, die zu dieser Aussage führen, hören und ich bin auch gespannt darauf, und wenn sie vergessen werden sollten, dann werde ich mir erlauben, sie auch einzufordern. Die Diskussion über den Gitzentunnel ist mit Sicherheit eine Frage nicht der Emotion, ein Lieblingsprojekt oder sonst etwas, sondern eine ganz klare Sachfrage. Eine Sachfrage in dreifacher Hinsicht. Erstens: Wie kann man eine Maßnahme setzen, die eine verkehrliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung des nördlichen und des nordwestlichen Flachgaus bringt? Zweitens: Welche Maßnahme die belastete Bevölkerung in Bergheim und den anderen Orten hier wirklich entlasten kann? Drittens: Welche Maßnahme am besten geeignet ist, in der Effizienz und Effektivität diese Maßnahmen auch umzusetzen?

Wenn jemand eine andere, eine bessere Idee hat, die eine ähnliche Auswirkung hat, dann ist er herzlich eingeladen, diese auch zu sagen. Zu wenig wird es sein, zu sagen wir wollen die Mobilität, das Mobilitätsverhalten der Menschen hier nur verändern. Das ist zwar ein idealistischer Ansatz, aber kein realistischer Ansatz. Denn dadurch zu glauben, dass der Verkehr einfach weniger wird und jedes Infrastrukturprojekt sich erübrigt, ist glaube ich nicht der Fall.

Ich freue mich auf die Debatte heute am Nachmittag und auf die Fakten, die auf den Tisch gelegt werden, und werde dem Antrag auf Dringlichkeit zustimmen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Bevor wir in der Debatte fortsetzen, begrüße ich recht herzlich die Schülerinnen und Schüler des BG Zell am See und ihre Professorin Frau Mag. Salzmann. Herzlich willkommen bei uns im Salzburger Landtag. Schön, dass Sie heute einer Plenarsitzung beiwohnen. Ich wünsche Ihnen interessante Eindrücke.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich für den Klub der FPÖ Fritz Wiedermann. Bitte, Du bist am Wort. Zur Erläuterung: Wir diskutieren gerade einen dringlichen Antrag der SPÖ in Sachen Gitzentunnel. Das ist das Thema im Moment.

Abg. Wiedermann: Geschätzte Frau Präsidentin! Verehrte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Eingangs zur Dringlichkeit. Wir sind doch der Meinung, dass die Dringlichkeit gegeben ist, nachdem – wie ja bekannt ist – die Entscheidung für den Gitzentunnel ja noch heuer fallen soll und die Behandlung mittels eines normal eingebrachten Antrages dann wahrscheinlich erst irgendwann im Herbst stattfinden könnte und dann möglicherweise die Entscheidung über den Gitzentunnel ja bereits gefallen ist.

Der Gitzentunnel und viele andere Verkehrsprojekte um die Stadt Salzburg, aber insbesondere auch im Flachgau sind ja schon seit Jahrzehnten offensichtlich ein Lieblingsthema der ÖVP, des nunmehrigen Landeshauptmannes Dr. Haslauer, der seinerzeit ja als Verkehrsreferent ja sehr viele und großartige Versprechungen der Bevölkerung des Flachgaus und der Stadt Salzburg, insbesondere was die Verkehrsmaßnahmen betrifft. Ich erinnere nur an die zweite Autobahnabfahrt in Eugendorf. Es gibt zwar dort jetzt eine Ampellösung, aber wer auf der Autobahn am späten Nachmittag Richtung Flachgau fährt, in Eugendorf abfahren muss oder will, wird sehen, dass diese Maßnahme, insbesondere in den Stoßzeiten wenig nach sich gebracht hat und es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt.

Aber nun zum Gitzentunnel selber. Es ist Faktum, dass es, wenn es finanzierbar wäre und die Kosten nicht explodieren würden, dass es eine Maßnahme ist, über die man reden könnte. Aber eine Planung wie diese, liebe Kolleginnen und Kollegen, und vor allem an die Regierung, wo man bis heute nicht einmal genau weiß, welche Kosten hier auf das Land Salzburg zukommen werden und würden, insbesondere die Finanzierung möglicherweise, wie es vom Kollegen Brand ja schon ausgeführt wurde, mit dem PPP-Modell, welche Auswirkungen das nach sich zieht, für Salzburg eine völlig unbekannte Größe. Ich glaube, dass das als Salzburger Landtag wir nicht so in dieser Form verantworten werden können. Zudem es fehlen ja auch andere Maßnahmen. Es soll der Gitzentunnel durchschlagen werden. Der Gitzentunnel ist da und wie schaut es dann weiter rundherum aus.

Es gibt bis heute auch trotz jahrelanger Versprechungen kein Gesamtverkehrskonzept für den Flachgau in Verbindung mit der Stadt Salzburg. Es ist unmöglich, hier beide Verwaltungsbezirke einmal an einen Tisch zu bringen und entsprechende vernünftige Maßnahmen vorzunehmen. Viele unserer Verkehrsprobleme in der Stadt Salzburg, aber vor allem um die Stadt Salzburg, sei es am Morgen zu den Stoßzeiten oder auch am Abend, sind letztlich hausgemacht durch unterschiedliche, ich sage einmal Verkehrsinteressen der Stadt und auch der umliegenden Gemeinden und des umliegenden Bezirkes bis hin auch in den Süden.

Was fehlt da draußen noch? Im Antrag steht es drinnen. Auch schon jahrelang diskutiert. Eine Brücke über die Salzach Richtung Bayern. Die einen wollen sie, die anderen wollen es

nicht. Man weiß auch hier nicht, was ist Sache. Die einen sagen es ist im Bereich der sogenannten geschützten Salzachauen und die anderen sagen für die ist es unbedingt notwendig. Also man weiß nicht, was man will.

Zu guter Letzt die Diskussion um die Sanierung der Landesstraßen im Land Salzburg, das glaube ich braucht man wirklich nicht weiter diskutieren, das haben wir in diesem Haus und im Ausschuss schon oft genug diskutiert. Es fehlt an allen Ecken und Enden das Geld dazu. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen und ich kann jetzt schon ankündigen wir werden auch dem Antrag nähertreten. Danke. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich für die Grüne Fraktion Klubobmann Cyriak Schwaighofer.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich schließe bei einigen Vorrednern an und ich möchte meine Wortmeldung in einige Teilbereiche zergliedern. Wo sind wir uns einig? Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Flachgau weitergehen können muss. Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass die Belastung der Bevölkerung sinken muss was Lärm und Abgase betrifft. Wir sind uns auch wahrscheinlich einig, was Effizienz und Effektivität der Maßnahmen betrifft, das ist was Sepp Schöchel gesagt hat, aber mir fehlt ein ganz entscheidender Punkt, wo wir uns eigentlich auch einig sein sollten, dass wir nämlich unsere Klimaziele erreichen müssen. Es gibt das Pariser Abkommen, einen Weltklimavertrag, dessen Größe und Bedeutung und Auswirkungen wir wahrscheinlich alle noch nicht wirklich abschätzen können. Das ist aus meiner Sicht, eigentlich wenn ich in Generationen denke, der entscheidende Punkt.

Die Frage, die sich stellt, ist, gibt es einen Zielkonflikt in dieser medial intensiv behandelten Sache. Es gibt auf der einen Seite den Wunsch nach Ausbau von Gewerbegebieten mit zusätzlichen Transportleistungen, den Wunsch nach Entlastung der Bürgerinnen. Es gibt aber auf der anderen Seite, wie schon erwähnt, einen Weltklimavertrag. Wir haben vor wenigen Tagen in diesem Haus gemeinsam einstimmig eine Dekarbonisierungsstrategie beschlossen, wo wir uns verpflichten, bis zum Jahr 2050 völlig aus den fossilen Energieträgern auszusteigen. Das haben wir hier am 25. Mai im Ausschuss einstimmig beschlossen. Ich gehe davon aus, dass das heute auch passieren wird.

Es wird so sein, dass uns vielleicht unsere Kinder oder unsere Enkel, je nachdem wie lange das noch dauert, fragen werden "was habt ihr getan nach diesem Pariser Abkommen"? Was waren eure nächsten Schritte? Ihr habt ja etwas beschlossen. Habt ihr etwas getan? Habt ihr das Notwendige und das Richtige getan? Man könnte ein Zitat umwandeln, das normalerweise heißt „Sie wissen nicht was sie tun“, das ist, glaube ich, etwas biblisches, man könnte es umdrehen und sagen „Sie tun nicht oder wir tun nicht was wir wissen“. Wir wis-

sen Bescheid was zu tun ist, aber wir tun es vielleicht nicht. Das wäre ein möglicher Zielkonflikt.

Was sind die Grundlagen dieses Projektes? Schon gesagt, es geht um die Entlastung der Gemeinde Bergheim. Damals war die Rede von einem Tunnel oder von einer Unterflurtrasse in den ersten Jahren, habe ich nachgelesen, 2006/2007. Damals waren die aktiv daran beteiligten Politiker, die wichtigen Politiker, Othmar Raus, Wilfried Haslauer und Walter Blachfellner. Damals war sogar ein Baubeginn 2008/2009 geplant.

Welche Fakten haben wir heute? Kosten von 150 bis 200 Mio., je nachdem was man anlegt. Planungskosten ungefähr 5 Mio. inklusive Grundablöse. Fertigstellung dieses Tunnels 2022 bis 2025. Was auch ein Faktum ist, wir haben derzeit eine massive verkehrliche Belastung bzw. Überlastung und eine umweltmäßige Belastung dieser Region. Ich zitiere aus einem Gutachten: Hohe Streckenbelastung der B156, L101 und B155 mit ausgeprägter Pendlerspitze. Mit ausgeprägter Pendlerspitze, das heißt Individualverkehr.

Andererseits steht in einem Gutachten, das erstellt wurde im Jahr 2015, dass der Gitzen-tunnel eine Verkehrsentslastung von 1,9 Mio. weniger gefahrenen Kilometern pro Jahr erbringen würde. Eine Tatsache, die uns klimapolitisch natürlich helfen würde.

Was sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen? Ich habe es schon erwähnt. Das Pariser Abkommen, dieser Weltklimavertrag unter zwei Grad Erwärmung. Das heißt – ich bin gleich fertig – 0 % Treibhausgase bis zum Jahr 2050 und minus 40 % Co₂ bis 2030. Das heißt, Beschluss der Regierung in Salzburg, klimaneutral bis 2050. Das heißt im Jahr 2050 darf kein Diesel, kein Benzinauto und kein Diesel-LKW mehr fahren in diesem Land, wenn die Dekarbonisierung ernst gemeint ist. Das heißt, das muss ja heißen eine konsequente, teilweise radikale Umstellung auf andere Energieträger in der Mobilität, aber auch auf andere Verkehrsmittel.

Ich glaube, dass wir so etwas wie eine integrierte Entwicklung brauchen, und die Frage, die sich mir stellt, und die wir im Ausschuss behandeln sollen, können wir die Ziele Entlastung der Bevölkerung und Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung nur mit dieser Maßnahme erreichen oder gibt es auch andere Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Das ist nämlich das Ziel, das im entsprechenden Regierungsbeschluss drinnen steht. Gibt es Maßnahmen – letzter Satz –, die unserer Verantwortung für die kommenden Generationen besser entsprechen als diese Maßnahmen, die wir derzeit auf dem Tisch haben. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet für das Team Stronach Salzburg Helmut Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Das Letzte, das in Bergheim wirklich passiert ist, was eine Verkehrsentslastung oder eine Verkehrsverbesserung nach sich gebracht hat, war im Jahre 1999 der Kreisverkehr Lengfelden. Angefangen vom damaligen Landesrat Schnell und umgesetzt von der Freiheitlichen Landesrätin Margot Hofer. Das ist das Letzte,...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Weil sie mich hinausgeschmissen haben!)

... Stimmt ja. Das ist das Letzte, wo in Bergheim wirklich etwas passiert ist. Seither gibt es Bergheim nur mehr Versprechungen. Das geht jetzt 25 Jahre dahin. Man hat angefangen mit einer Unterflurtrasse, dann war die nächste Idee ein Plainbergtunnel und zum Schluss ist ein Gitzentunnel gekommen, wo es auch einen Vertrag mit der Gemeinde Bergheim gibt, der unterschrieben ist, mit Gemeindevertretungsbeschluss von Bergheim, unterschrieben vom damaligen Verkehrslandesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer, nicht unterschrieben vom Finanzreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Brenner. Deswegen ist dieser Vertrag auch noch nicht rechtsgültig. Stattdessen hat der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Brenner am 6. Dezember 2012, glaube ich, eine Pressekonferenz gemacht und hat gesagt wir haben einen Finanzskandal und haben 350 Mio. Euro verzockt. Um dieses Geld hätten wir drei Gitzentunnel bauen können und wir müssten keinen einzigen Cent aufnehmen.

Ich glaube, dass die Bevölkerung in Bergheim und auch die wirtschaftliche Region im nördlichen Flachgau, so etwas ähnliches wie in der StVO der Vertrauensgrundsatz ist, auch in die Politik haben können muss. Es gibt es ja nicht, dass man 25 Jahre, und ein Bergheimer hat zu mir wortwörtlich gesagt, gefrotzelt wird von der Politik, einmal ja, einmal nein, aber schlussendlich passieren tut nichts.

Ich glaube, die ganze Diskussion ist durch eine relativ verunglückte Öffentlichkeitsarbeit vom Verkehrslandesrat so entstanden, wie sie entstanden ist. Man sollte vielleicht innerhalb der Regierung, da wäre mein Ersuchen an den Landeshauptmann, dass er da vielleicht auch schaut, dass diese Diskussionen von den einzelnen Landesregierungsmitgliedern, hier vom zuständigen Verkehrslandesrat, nicht so geführt werden, dass dann derartige Sachen herauskommen, dass derartige Verwirrnisse herauskommen, sondern dass einfach die Sache so gemacht macht wird, wie es im Regierungsprogramm verabschiedet worden ist und die Projekte Gitzentunnel, aber auch die Stadtregionalbahn entsprechend angegangen werden und nicht nur als Medienshow benutzt werden. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten und der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Mir liegen nunmehr keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der SPÖ einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Auswirkungen der Steuerreform auf die heimischen Vereine und die Tourismus- und Freizeitwirtschaft
(Nr. 370 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um Verlesung des dringlichen Antrages.
Bitte!

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals für die Verlesung. Für die Antragsteller zu Wort gemeldet hat sich Kollege Steiner. Ich bitte um Deine Ausführung zur Dringlichkeit dieses Antrages.

Abg. Steiner BA MA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums Zell und See und besonders ein herzliches Grüß Gott der Frau Mag. Salzmann, was ja mein Klassenvorstand war und wir hatten sehr viel, ich glaube auch der Dr. Karl Schnell ist ins Gymnasium gegangen, viel Spaß.

Jetzt geht es um die Steuerreform. Ich möchte eines festhalten, und zwar mit der Steuerreform 2016, wie wir sie jetzt erlebt haben, sind gravierende fiskalpolitische Fehler gemacht worden. Wenn wir von fiskalpolitischen Fehlern sprechen, dann trifft es hier an vorderster Front unsere ehrenamtlichen Vereine und unsere Unternehmen, die besonders in der Freizeit und Hotellerie tätig sind. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass wahrscheinlich der größte Fehler neben der Belegerteilungspflicht und der Registrierkassenpflicht die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 10 auf 13 % ist.

Es wurde vorgelesen nicht nur grobe und fahrlässige, sage ich jetzt einmal, Wettbewerbsnachteile sind der Fall. Schauen wir zum Beispiel in die Schweiz. Da ist es ganz anders geregelt. Hier werden keine Belastungen unseren Hotels aufgelastet, aber ich möchte auch hier besonders erwähnen, dass wir auch durch diese Umstellungen, Pauschalierung, Übernachtungen und sonstiges, wie wir es haben, was ja jetzt ausgesondert werden muss, eben auch bürokratische Aufwände im Rahmen von Steuerberatungskanzleien wichtig sind.

Ich möchte aber jetzt besonders auf unsere Vereine eingehen. Unsere Vereine sind ein Herzstück unserer Kultur. Sie sind jene, die bei den Festen auch das sicherstellen, das wir immer gewohnt sind, und da möchte ich einige Beispiele bringen. Ich habe es auch schon erlebt, und wenn wir von den Vereinen sprechen, dann müssen wir hier sehr klar trennen von privaten Vereinen und öffentlichen Vereinen. Ich habe durchaus erlebt, dass einmal 25.000 Euro KÖSt-Nachforderung bei einem Vereinsfest reingeflattert ist, nachdem die Finanz hier fototechnisch festgehalten hat, was hier stattgefunden hat. In Piesendorf beispielsweise haben wir erlebt, dass ehrenamtliche Mitglieder, die hier auf Vereinsfesten arbeiten, gefragt worden sind, ob sie ehrenamtlich arbeiten oder nicht. Das war nicht nachweisbar, weil die Veranstalter nicht hergegangen sind und vor jedem Fest einen Zettel

ausgefüllt haben, das müsste man korrekterweise machen, wo draufsteht wir arbeiten ehrenamtlich, denn die Grenze ist nur bis hin zu € 75,-- pro Vereinsmitglied, was wir hier an Getränken und sonstiges konsumieren können.

Das heißt viele Sachen sind hier im Groben und liegen im Argen und die Finanz kann nachhaken. Dieser Kann-Tatbestand ist in vielen Vereinsmitgliedern und Vorständen eine Sache, wo man sich fürchtet, denn es kann jederzeit sein, dass ein Bescheid oder eine Aufforderung kommt und sie werden einhaken über die Registrierkassenpflicht. Über die Registrierkassenpflicht, mit diesem Vorwand wird man kommen, wird kontrollieren und dann wird man feststellen, ob es sich hierbei um ein kleines Vereinsfest oder um ein großes Vereinsfest handelt. Nachdem wir hier sagen kleine Vereinsfeste sind steuerbefreit, große Vereinsfeste nicht. Es ist genau gezählt und aufgezählt wo wir uns hier bewegen.

Ich möchte vielleicht sagen hat man einen internationalen oder bekannten Künstler, der hier auftritt, fällt man automatisch schon in das große Vereinsfest. Somit ist man natürlich hier steuerpflichtig.

Aus unserer Sicht ist es notwendig und wichtig, diesen Antrag hier in diesem Hohen Haus auch zu verabschieden und uns hier für unsere Vereine und für unsere heimischen Unternehmen einzusetzen. Denn eines kann nicht sein, dass die, die wirklich immer fleißig arbeiten, massiv belastet werden, wobei wir Milliarden nach Griechenland zahlen und Milliarden in sonstige Kanäle fließen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir als Salzburger Landtag hier ein klares Zeichen setzen und uns für unsere heimischen Vereine und unsere Kultur und Unternehmen einsetzen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Schneglberger von der SPÖ zur Dringlichkeit.

Abg. Schneglberger: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseher!

Der vorliegende dringliche Antrag der FPS behandelt ein Thema, das offenbar für manche in Österreich den vermutlichen Untergang des Wirtschaftsstandortes Österreich bedeutet. Wenn ich mir gerade die Ausführungen des Kollegen Steiner angehört habe, dann muss man ja direkt Angst um sein gesundheitliches Weiterkommen haben, weil er sich gar so echauffiert.

Fakt ist, dass der Hintergrund, der rechtliche Hintergrund die größte jemals in Österreich durchgeführte Steuerreform ist. Fakt ist auch, dass es dadurch Veränderungen geben muss, Verschiebungen geben muss, wenn 5 Mrd. Euro bewegt werden. Fakt ist auch, dass für viele Bereiche und Personen eine wesentlich bessere Steuergerechtigkeit erzielt wird. Fakt ist auch, dass vor allem die Arbeitnehmerinnen sehr stark davon profitieren.

Ich gebe den Antragstellern allerdings in einem Bereich Recht, dass im Bereich der Vereine, die für das Gemeinwohl oder im Dienst der Allgemeinheit tätig sind, wie Feuerwehren, Rettungsorganisationen oder Vereine, die für die Kultur und die Identität unseres Landes wichtig sind, keine Verschlechterungen herbeigeführt werden dürfen. Fakt ist aber auch, dass Österreich mit über 120.000 registrierten Vereinen internationaler Spitzenreiter in diesem Bereich ist. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Gott sei Dank!)

... Alleine in den Jahren zwischen 2000 und 2014 wurden in Österreich 17.000 neue Vereine registriert. Das sind keine Vereine, die ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgen. Auch diese Vereine veranstalten sehr häufig mehrtägige Zelt- oder andere Feste. Die Erlöse von diesen Veranstaltungen werden – und ich sage das jetzt ganz einfach und schwarzweiß – ausschließlich für die Interessen der Vereinsmitglieder verwendet und nicht für gemeinnützige, mildtätige oder andere Zwecke. Dass diese – ich habe es schon gesagt – vor allen Dingen mehrtägige Feste in vielen Gemeinden Österreichs zwischenzeitlich ein echtes existentielles Problem für die Gastronomie darstellen, dürfen wir nicht vergessen.

Ich verweise auf ein Beispiel, das mir gestern berichtet wurde, auf den Ort Axams in Tirol mit ca. 7.000 Einwohnern, wo 64 registrierte Vereine sind und bis auf die Ausnahme von drei oder vier Vereinen wird von jedem dieser Vereine ein großes Fest veranstaltet, was zur Folge hat, dass es in Axams praktisch keine Wirte mehr gibt, weil die gastronomischen Betriebe in diesem Zusammenhang nicht mehr überleben können. Hier einen allgemeinen Schutz darüber zu ziehen und zu sagen alle Vereinsfeste gehören geschützt, sehe ich als absolut falsche Entwicklung.

Der Fachverband für Gastronomie weist ja schon länger auf diese Entwicklung hin und beklagt auch die schwierige existentielle Situation der Gastronomiebetriebe. Es gilt also ganz klar hier bei diesen Vereinen zu differenzieren und keinesfalls dürfen alle in einen Topf geworfen werden.

Es bleibt im Rahmen dieser kurzen Redemöglichkeit bezüglich der Dringlichkeit nicht Zeit, alle Aspekte des Antrages zu behandeln. Zu dem Aspekt der steuerlichen Veränderungen im Tourismusbereich möchte ich noch kurz auf eine bemerkenswerte Tatsache hinweisen. Das Medium die Salzburger Wirtschaft berichtet in ihrer Ausgabe vom 8. Jänner 2016, dass einer aktuellen Studie zufolge rund 20 % der Österreicher sagen, dass sie vermehrt in den Urlaub in Österreich investieren werden. Wir reden immerhin von einem bewegten Volumen von 5 Mrd. Euro. Ich sehe darin also auch eine große Chance, wenn wir es schaffen, dass die Tourismusbetriebe in Österreich sich attraktiv präsentieren, wenn der Slogan „Mach Urlaub im eigenen Land“ weiterentwickelt werden kann, dass sehr viel von diesem Geld auch in Österreich bleibt und der Tourismus davon entsprechend profitieren kann.

Wir stimmen der Dringlichkeit des Antrages zu und freuen uns auf eine angeregte Diskussion am Nachmittag. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich für die Fraktion der Grünen Kollege Scheinast.

Abg. Scheinast: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuseher hier herinnen und im Internet!

Wir debattieren jetzt über die Dringlichkeit eines Antrages der früheren FPÖ zum Thema der Auswirkung der Steuerreform. Es gab heute schon Pressemeldungen, dass das, was die Auswirkungen der Steuerreform auf die Vereine betrifft, dass da vieles am Weg ist, darum tu ich mir ein bisschen schwer mit der Dringlichkeit, aber schauen wir uns doch einmal an, worum geht es da eigentlich. Es geht darum, dass eine Steuerreform verhandelt wurde in der Größenordnung von drei, vier, fünf Milliarden, die logischerweise eine Gegenfinanzierung braucht. Für die Gegenfinanzierung hätte es ja mehrere Möglichkeiten gegeben. Man hätte die Möglichkeit gehabt, zum Beispiel Leistungen des Staates einzustellen oder eine Verwaltungsreform zu machen, die ihren Namen auch verdient. Das wäre eine Gegenfinanzierung gewesen, die unter Umständen an der Republik Österreich zu viel geändert hätte, darum wollte man das nicht.

Man hätte eine ökologische Steuerreform machen können. Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen. Ressourcenbesteuerung und die Gegenfinanzierung sozusagen im Sinne des Planeten und des Ressourcenverbrauches aufzustellen. Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen, wurde aber nicht in Erwägung gezogen.

Man hätte vermögensbezogene Steuern machen können, eine Gegenfinanzierung sozusagen von den Arbeitseinkommen hin zu den arbeitslosen Einkommen. Auch das wurde nicht gemacht.

Aber man hat als Gegenfinanzierung sehr viele kleine Maßnahmen letztlich beschlossen, wo sich dann herausgestellt hat von den verschiedensten Interessenvertretungen um Gottes Willen, da sind ja jetzt wir betroffen. Ich finde ja auch, dass diese Betroffenheit der vielen im Vergleich zu einer Steuerreform, die eventuell Vermögenssteuern angegriffen hätte, das ist halt Ergebnis der Verhandlungen der großen Koalition gewesen und der Aufschrei darüber, dass diejenigen, die am Verhandlungstisch gesessen sind, nachher dann gesagt haben jetzt taugt mir das nicht mehr was ich verhandelt habe, war vor allem, ich erinnere mich da an den Präsidenten Leitl, dass er der Erste war, dem aufgefallen ist, um Gottes Willen, da haben wir etwas verhandelt, was uns eigentlich nicht passt so.

So wurde halt die Gegenfinanzierung der Steuerreform jetzt sukzessive angenagt und wird angegriffen. Ich verstehe ja die Betroffenheit der Einzelnen. Also die Erhöhung der Mehrwertsteuer bei der Übernachtung von 10 auf 13 % ist ja wirklich ein kleines Elend für alle, die das Dezimalsystem kennen und wissen, dass 13 eine Primzahl ist. Das ist ja unangenehm zu rechnen und es betrifft letztlich die Ertragsseite, je weiter man von Wien weg ist, desto mehr weiß man wie sehr es dem ganzen Tourismus schadet, genau hier etwas abzuwickeln.

Tatsache ist aber, dass natürlich diese Steuerreform, die Zahlen sind verschieden, 3,75 bis 5 Mrd. Euro Entlastung bringt und diese Entlastung ist schon für alle, die ein Einkommen haben aus Arbeit oder aus Pension spürbar. Also das ist jetzt nichts, was völlig egal ist. Diese Steuerreform bringt unter Umständen vielleicht sogar einen Schub an Investitionen, an Möglichkeiten, um sein eigenes Leben besser gestalten zu können und insofern war es ja eine richtige Maßnahme, die leider in Bezug auf die Gegenfinanzierung dann sehr schnell und sehr intensiv zerredet wurde. Es ist aber ein schönes Beispiel dafür, dass, wenn man etwas verhandelt hat, dass man dann draufkommt das war nicht so super, dass sich Dinge verändern, und insofern würde ich mir wünschen, dass man auch im Bereich ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Gescheiter werden!)

... des Gitzentunnels gescheiter werden. Danke. (Beifall der SPÖ- und Grünen-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die ÖVP Kollege Scharfetter.

Abg. Mag. Scharfetter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste aus Zell am See!

Zunächst vorweg. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Da kann man darüber diskutieren, aber es ist natürlich ein Thema, das schon auf der Agenda steht. Steuerreform, Gegenfinanzierung und all das, was damit zusammenhängt.

Ich werde jetzt zunächst einmal damit beginnen: Othmar Schneglberger hat schon darauf hingewiesen, auch Josef Scheinast, die Entlastung dieser Steuerreform ist positiv. Das war auch wichtig. Wir haben immer gefordert auch mehr Netto vom Brutto und wir haben eine breite Entlastung. Das wirkt sich auch aus, wird sich wohl auch im Wirtschaftswachstum auswirken, weil wir mehr Konsumnachfrage verspüren werden.

Was die Gegenfinanzierung betrifft, sind wir mit vielen Punkten nicht einverstanden, wir haben das auch artikuliert. Der Landeshauptmann hat sich sehr schnell eingeklinkt in diese Diskussion. Wir haben im letzten Jahr viele Termine in Wien wahrgenommen und einige Punkte sind im dringlichen Antrag angesprochen, auf die ich ganz gerne eingehen würde.

Erster Punkt: Die Vereinsfeste, lieber Markus Steiner, Ihr habt angeführt die Rettung, die Feuerwehr, die Musikkapellen. Das sind üblicherweise gemeinnützige Vereine. Diese gemeinnützigen Vereine sind dann, wenn es sich um das kleine Vereinsfest handelt, steuerbegünstigt. Kleines Vereinsfest. 48 Stunden derzeit. Stand der Verhandlungen. Musikkapellen nicht über ein gewisses Ausmaß. Also ich denke da gibt es durchaus einen Rahmen. An einigen Stellen sollte man sich das vielleicht noch genauer anschauen.

Was uns immer ein Anliegen wäre, und das haben wir auch vorgebracht, dass wir einmal eine vernünftige Regelung für Aushilfskräfte bekommen in diesem Land, eine vernünftige

Regelung, dass der, der vollversichert ist und als Aushilfskraft tätig ist, über ein Endbesteuerungsmodell sozusagen das klar geregelt bekommt. Mit anderen Worten, dass es so etwas wie einen Freibetrag, eine Möglichkeit gibt, auch für Unternehmen, dass ich kurzfristig Aushilfskräfte beschäftige, das sauber und steuerlich korrekt mache, indem ich in einem Endbesteuerungsmodell die Sozialversicherungsabgaben abführe und beim einzelnen Dienstnehmer das in der Veranlagung keine Auswirkungen hat, bis zur Geringfügigkeitsgrenze. Da sind wir schon relativ weit. Das würde auch den Vereinen sehr, sehr helfen, weil wir aus der Praxis immer wieder hören, dass das Thema der Aushilfskräfte natürlich immer problematisch ist.

Der Kollege Schneglberger hat aber schon auch zu Recht darauf hingewiesen, dass wir schon schauen müssen, dass es auch fair zugeht im Zusammenhang mit Gastronomie und der Wirtschaft, dass es viele Vereine gibt, die nicht gemeinnützig sind, aber auch sehr, sehr aktiv sind. Ich denke, da gibt es schon ein paar Punkte, die durchaus ihre Berechtigung haben. Aber noch einmal. Die im dringlichen Antrag angesprochenen ehrenamtlichen Organisationen, und da sind wir sehr froh, dass wir so viele in Österreich haben, da sind wir sehr froh, dass wir so ein ehrenamtliches Engagement haben, und das ist ein hoher Wert auch einer Gesellschaft, den wir sehr pflegen und schützen müssen, die sind mit dem kleinen Vereinsfest über weite Bereiche davon ausgenommen.

Zweiter Punkt, was die Mehrwertsteuer betrifft. Ja, da gehen wir weitgehend auch in der Einschätzung konform, nicht ganz mit dem Kollegen Schneglberger, weil ich denke schon, dass wir gerade in der Tourismuswirtschaft sehr im internationalen Wettbewerb stehen, dass das eine Branche ist, die ungeheures leistet für die österreichische Volkswirtschaft, die auch in Krisenzeiten Arbeitsplätze sichert und Arbeitsplätze schafft, dass wir hier sehr schauen müssen, wie sind hier die steuerlichen Rahmenbedingungen. Österreichs Tourismus ist attraktiv, ist wettbewerbsfähig, die Zahlen beweisen es, es sind nur die steuerlichen Rahmenbedingungen, die unseren Betrieben Probleme machen.

An dieser Stelle ganz kurz ein Detail, ohne zu sehr in die Tiefe zu gehen. Bei der Mehrwertsteuererhöhung, lieber Markus Steiner, muss man sehen, dass diese 13 % auf die Beherbergungsleistung angewendet werden. Wir haben derzeit eine Regelung, dass es zwei Möglichkeiten für Betriebe gibt, entweder eine Pauschale in Anspruch zu nehmen. Das ist das Thema 20 80 und 40 60 oder die tatsächlich ausgewiesenen Einzelpreise. Ich erwähne das deswegen, weil es, da gebe ich Dir Recht, kompliziert ist bei den Betrieben, aber rechnerisch ist die Mehrwertsteuererhöhung nicht von zehn auf 13, sondern rechnerisch sich anders darstellt, weil ich die Beherbergungssätze herausrechne. Aber die Zeit ist schon um.

Ich würde meinen, dass wir noch im Ausschuss dann einiges an Gelegenheit haben, das im Detail zu besprechen. Die Grundintention ist schon eine richtige. Wir haben immer mehr die Situation, dass unsere Betriebe, die erfolgreich arbeiten, gerade im internationalen Wettbewerb, das trifft natürlich auch den Tourismus, Nachteile haben aufgrund der Rahmenbedingungen. Aber wir haben ja, was mich sehr freut, auf Eure Initiative, Karl Schnell, heute noch die Gelegenheit, im Rahmen der Aktuellen Stunde über Deregulierung und zu

viel Bürokratie zu diskutieren und da können wir dann dieses Thema noch einmal aufgreifen. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, Klubobmann Abg. Naderer, Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Für den Klub der FPÖ Klubobmann Karl Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Frau Präsidentin! Hohe Regierung! Liebes Realgymnasium Zell am See! Herzlich willkommen! Ich wünsche Euch bei Eurer Schulausbildung viel, viel Glück und auch für Euren weiteren beruflichen Weg.

Der Kollege Scheinast hat gesagt man könnte auch gescheiter werden. Das ist ein Problem in der Politik. Ich werde das heute auch bringen bei der Aktuellen Stunde, wie viele Anträge wir schon gemacht haben in Richtung positive Entwicklung Wirtschaft, wo man leider nicht gescheiter geworden ist.

Was überhaupt nicht erwähnt wurde, ist, Leute schaut Euch einmal an, wie viele Feste jetzt schon abgesagt werden. Viele, was ich weiß. Warum? Weil sie sagen, diese Bürokratie nehme ich nicht mehr auf mich. Jetzt kommt es. Wie viele Lebensmittelhändler, wie viele Getränkehändler liefern hier und zahlen dann Steuern? Ich würde gerne ausrechnen, wie viele Steuern hier verloren werden, weil viele Feste gar nicht mehr veranstaltet werden, weil sie sich dieser Bürokratiepflicht nicht mehr hingeben, sich das nicht mehr antun.

Wenn wir Weltmeisterrennen haben, Weltcuprennen, dann kommt die KIAB und kontrolliert die freiwilligen Leute, die hier Dienst machen, damit eine derartige Veranstaltung durchgeführt werden kann. Und wenn das wegen dem Finanzausgleich, liebe Kollegen, dann muss ich Euch schon sagen seit Jahren diskutieren wir herinnen über Spekulationssteuern, über Steuern, die wirklich gerechtfertigt wären, wo Spekulationen getätigt werden. Überhaupt nichts. Bis dato nichts. Nein. Man ist wieder auf die Kleinen gegangen, auf die Klein- und Mittelbetriebe und belastet die, die arbeiten, die Leistung bringen. Das ist der Wahnsinn an dem Ganzen.

Diese Registrierkassenpflicht geht viel, viel weiter, hat viele Facetten. Ich zum Beispiel, und ein Kollege von mir in Bruck haben unsere Zweitordination, Zweitpraxis aufgegeben. Die machen wir deswegen, damit wir Regionen, wo weniger Bevölkerung ist, einfach hier bevorzugen, indem wir hinfahren, damit die Leute nicht weiß Gott wo hinfahren müssen, um sich Medikamente, ihr Rezept zu holen oder zu einem Arzt zu gehen. Jetzt durch die Registrierkassenpflicht ist es unmöglich gemacht. Wir müssen damit noch viel, viel mehr an Einrichtungen tätigen. Das heißt das kann man sich gar nicht mehr leisten, weil das eigentlich nur eine Leistung am Patienten ist. Zweitordinationen abgesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das heißt das geht noch viel, viel weiter. Und, Hans, wenn Du das angesprochen hast mit den Steuersätzen. Wir haben jetzt in der Hotellerie drei Steuersätze für das Frühstück. Das

musst Du einmal ausrechnen die Bürokratie und dann musst Du es der Finanz noch erklären. Weil das ist das Nächste. Das sind die Dinge, die ich wirklich nicht verstehe.

Wir haben vor wenigen Wochen in Saalbach drei Katastrophenübungen gehabt. Drei Katastrophenübungen. Ich war damit beteiligt. Hervorragend durchgeführt. Fast die Rettung aus dem ganzen Land da. Es waren da zum Beispiel Hundeführerstaffeln, die Hundestaffel. Es waren die Bergrettungsleute da. Über drei Tage ehrenamtlich in ihrer Freizeit in den Feiertagen. Nicht eine Berichterstattung. Nicht eine Berichterstattung. So viel ist uns das Ehrenamt und sind uns diese Leute wert. Drei Tage lang in ihrer Freizeit, in den Feiertagen. Die haben wirklich im Wald sogar Flugzeugteile vom Militär hingebraucht, um einen Flugzeugabsturz zu simulieren. Die haben wirklich eine großartige Leistung hier vollzogen. Hunderte Leute. Nichts. Das interessiert die Öffentlichkeit gar nicht. Ist den Medien nicht gemeldet worden, aber sonst wissen sie auch alles, sonst erfragen sie auch alles die Herrschaften.

Das müsst Ihr Euch vorstellen. Die Betriebe haben die Schnauze voll. Nur mehr Kontrollen und KIAB. Bei jedem Fest musst du schon überlegen, wenn wir jetzt ein Fest haben, sperren gewisse Betriebe gar nicht mehr auf, weil sie sich sagen, die Bürokratie, die tu ich mir nicht mehr an. Ich finde die Mitarbeiter nicht, die muss ich alle anstellen, die muss ich alle zahlen, das lohnt sich gar nicht mehr, ich sage das Fest ab. Da würde mich interessieren, wie viel an Steuern, an Steuereinkommen wir hier dadurch verlieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist es. Man wird nicht gescheiter. Nicht in der EU. Nicht im Bund und leider auch nicht bei uns. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Die letzte Wortmeldung hat Team Stronach Salzburg Klubobmann Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

In aller Kürze. Wir stimmen natürlich auch der Dringlichkeit zu. Diese Steuerreform, die da auf den Tisch gelegt worden ist, ist für mich ein Totalversagen der Bundesregierung, denn wenn auch im Einzelfall Arbeitnehmer, und die meisten nur geringfügig entlastet worden sind, hat man mit einer Bürokratie die Vereine, die Gastronomie, jetzt wie wir heute in der Zeitung gelesen haben, die Almen derart belastet, dass da viele nicht mehr weitermachen wollen, viele Vereinsfeste abgesagt werden, viele Almen zugesperrt werden und in dieser Form die Steuerreform genau das Gegenteil bewirkt, was im Land Salzburg sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, nämlich eine Deregulierung. Es gibt ein vielseitiges Projekt aus dem vergangenen Herbst, das, glaube ich, bald einmal umgesetzt werden soll. Aber solche Reformen, welche der Bund da macht, macht natürlich allen guten Willen und alle Arbeit im Land zunichte.

Ich hätte ganz gerne, dass vielleicht einmal jeder Flüchtling, der bei uns durchgeschleust wird, die Identität genauso geprüft wird, wie unsere Betriebe geprüft werden. Da, glaube ich, hätten wir mehr zum Ansetzen, was da im vergangenen Jahr, im vergangenen halben

Jahr alles passiert ist. Was ist überhaupt nicht toleriere, ist dieser Generalverdacht. Jeder Unternehmer wird verdächtigt, dass er die Steuer hinterzieht. Aber nicht nur Unternehmer, sondern auch der Konsument. Ein kleines Beispiel.

Da gibt es den § 132a, der eingefügt worden ist, da steht drinnen die Belegspflichterteilung. Der, der etwas verkauft, muss einen Beleg nehmen. Dann steht im Absatz fünf der Leistungsempfänger, also der Käufer oder der an dieser Stelle die Genehmigung ganz oder teilweise erbringende Dritte hat den Beleg entgegenzunehmen und bis außerhalb der Geschäftsräumlichkeiten mitzunehmen. In den Strafbestimmungen steht, dass für beide, wenn es nicht erfüllt wird, bis zu € 5.000,-- Strafe drohen. Also ich kaufe mir jetzt da unten bei der Eiszeit eine Kugel Eis um 1,30. Da brauche ich einmal den Zettel, den muss mir der Verkäufer oder die Verkäuferin geben, ich muss ihn mitnehmen und muss weggehen und darf ihn erst dann weghauen. Das sind Verhältnisse, wie sie es in Italien haben. Die haben sie aber in Italien nicht wegen den Bürgern gemacht, sondern wegen der Mafia. Solche Zustände sind in Österreich einfach nicht tolerierbar. Hier hat man das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und ich hoffe doch, wenn es auch ein Briefträgerantrag ist, dass man in der Form etwas weiterbringt, insbesondere auch bei den Almen, dass man die Höchstsätze anhebt, weil so schön das ist, vielleicht im Almengebiet zu wandern und dort etwas zu konsumieren, wenn die Almen alle zugesperrt haben, dann ist das wahrscheinlich nur mehr das halbe Vergnügen. (Beifall des Abg. Mag. Scharfetter und Abg. Obermoser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit haben wir die Debatte abgeschlossen. Ich lasse die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 17 Anträge. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit sind die Anträge zugewiesen.

3.2.3 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung eines gesetzlich geregelten SchülerInnenparlaments auf Landes- und Bundesebene

(Nr. 371 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

3.2.4 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und HR Dr. Schöchl betreffend eine Stellungnahme zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister der Europäischen Kommission

(Nr. 372 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

3.2.5 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchl, Ing. Sampl und Jöbstl betreffend die Einführung eines österreichweiten Schüler- und Studententickets für die Nutzung Öffentlicher Verkehrsmittel

(Nr. 373 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

3.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. SchöchI betreffend Ablehnung der Eintragung von personenbezogenen Leistungsmitteln als Voraussetzung für die Spendenabsetzbarkeit

(Nr. 374 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

3.2.7 Antrag der Abg. Jöbstl und Bartel betreffend österreichweit einheitliche Rahmenbedingungen für die Zentralmatura

(Nr. 375 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

3.2.8 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend „Frisch gekochtes Essen an allen Salzburger Schulen“

(Nr. 376 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

3.2.9 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Salzburg Corporate Governance Kodex

(Nr. 377 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

3.2.10 Antrag der Abg. Mag. Mete MA BA und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Förderung von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien in Sportvereinen

(Nr. 378 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mete BA MA)

3.2.11 Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Mikroplastik-Belastung in Salzburg

(Nr. 379 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.12 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend blinde und sehbehinderte Menschen im Bundesland Salzburg

(Nr. 380 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

3.2.13 Antrag der Abg. Fuchs, Mag.^a Sieberth und Scheinast betreffend ein Gesamtkonzept zur Reduktion von Lebensmittelabfällen

(Nr. 381 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.14 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Schaffung einer geförderten Halbjahreskarte

(Nr. 382 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

3.2.15 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Kostenüberschreitungen bei Bauvorhaben

(Nr. 383 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

3.2.16 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Unterstützung der Salzburger Landwirtschaft

(Nr. 384 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

3.2.17 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die sofortige Umsetzung des Projektes S-Bahn Pinzgau zwischen Bruck und Saalfelden

(Nr. 385 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

3.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **30 schriftliche Anfragen** eingegangen.

3.3.1 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Förderung für Elektroautos

(Nr. 178-ANF der Beilagen)

3.3.2 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend Langzeitarbeitslosigkeit in Salzburg

(Nr. 179-ANF der Beilagen)

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem

1. und 30. April 2016

(Nr. 180-ANF der Beilagen)

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Essl und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Amtsgebäude Fanny-von-Lehnert-Straße

(Nr. 181-ANF der Beilagen)

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung

(Nr. 182-ANF der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung bezüglich der steigenden Zahl an Asylwerbern

(Nr. 183-ANF der Beilagen)

3.3.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend der Roadshow zum Landesmobilitätskonzept „salzburg.mobil 2025“

(Nr. 184-ANF der Beilagen)

3.3.8 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bezüglich der Strukturdefizite des Universitätsklinikums für Innere Medizin I.

(Nr. 185-ANF der Beilagen)

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bezüglich der Dialysestation des LKH
(Nr. 186-ANF der Beilagen)

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung bezüglich der Unterbringung von Asylwerbern
(Nr. 187-ANF der Beilagen)

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung betreffend Schutz von Frauen in Salzburger Asylquartieren
(Nr. 188-ANF der Beilagen)

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Barock-Ausstellung des Salzburg-Museums im Louvre in Paris
(Nr. 189-ANF der Beilagen)

3.3.13 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Patientendaten
(Nr. 190-ANF der Beilagen)

3.3.14 **Anfrage** der Abg. Mete und Abg. Riezler-Kainzner an die Landesregierung betreffend Maßnahmen zugunsten AsylwerberInnen und Asylberechtigten
(Nr. 191-ANF der Beilagen)

3.3.15 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Beteiligung der Salzburg AG am Kohlekraftwerk Lünen (D)
(Nr. 192-ANF der Beilagen)

3.3.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend Einsparungen von Schulwarten und Hausmeistern in landeseigenen Schulen und Bildungseinrichtungen
(Nr. 193-ANF der Beilagen)

3.3.17 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2016
(Nr. 194-ANF der Beilagen)

3.3.18 **Anfrage** der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Salzburg 20.16 GmbH
(Nr. 195-ANF der Beilagen)

3.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg

(Nr. 196-ANF der Beilagen)

3.3.20 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Regionaler Strukturplan Gesundheit und Verordnung mit der Krankenanstalten- und Großgeräteplan geändert werden

(Nr. 197-ANF der Beilagen)

3.3.21 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche

(Nr. 198-ANF der Beilagen)

3.3.22 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. Schöchgl an Landesrat Mayr betreffend die künftige Nutzung des Parkplatzes des Grödiger Stadions

(Nr. 199-ANF der Beilagen)

3.3.23 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend schmale Bahnsteige

(Nr. 200-ANF der Beilagen)

3.3.24 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Güterverkehr

(Nr. 201-ANF der Beilagen)

3.3.25 **Anfrage** der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Freiwilliges Integrationsjahr

(Nr. 202-ANF der Beilagen)

3.3.26 **Anfrage** der Zweiten Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Maßnahmen zum grenzüberschreitenden Universitätszugang

(Nr. 203-ANF der Beilagen)

3.3.27 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Frauenpolitik

(Nr. 204-ANF der Beilagen)

3.3.28 **Anfrage** der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Frauenpolitik

(Nr. 205-ANF der Beilagen)

3.3.29 **Anfrage** der Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Gastspielförderung im Bundesland Salzburg
(Nr. 206-ANF der Beilagen)

3.3.30 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Vorgänge im Seniorenheim St. Nikolaus in Neumarkt
(Nr. 207-ANF der Beilagen)

3.4 **Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Rechnungshof hat den Bericht betreffend Zivildienst und Modellversuch Neue Mittelschule Follow-up-Überprüfung übermittelt.

3.4.1 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend Modellversuche Neue Mittelschule; Follow-up-Überprüfung

3.4.2 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend Zivildienst

Damit ist der Einlauf erledigt und ich rufe auf

Punkt 4: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag des Klubs der FPÖ mit dem Titel „Sinnlose Bürokratie und Sanktionen gegen die Wirtschaft “ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner des Klubs der FPÖ Landeshauptmann Dr. Haslauer zu Wort kommt. Dann wird in der Reihenfolge ÖVP – SPÖ - Grüne und Team Stronach mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen aufgerufen werden. Ich ersuche daher wieder um Zeitdisziplin und werde wieder wie immer eine Minute vorher klingeln und dann abläuten. Sollten Regierungsmitglieder noch das Wort ergreifen, werden diese wieder auf die Fraktionen angerechnet.

Ich erteile nunmehr das Wort Klubobmann Schnell für den Klub der FPÖ.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Cyriak Schwaighofer hat, glaube ich, den Spruch geprägt oder gebracht „Denn Sie wissen nicht was sie tun“, den Film mit James Dean. Manchmal hat man wirklich das Gefühl es trifft fast tagtäglich bei uns zu.

Cyriak, Du hast auch gesagt in der Präsidialsitzung man sollte sich auf Themen konzentrieren, die wir hier bewerkstelligen können. Was kann die Landespolitik tun, um der Wirtschaft zu helfen, um hier auch wirklich etwas zu erreichen. Ich werde dann einige Beispiele anführen, die aber leider auch gerade die Grünen treffen, die hier nicht gerade glücklich gehandelt haben.

Wir haben ein riesen Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn sie die Bürger treffen und die Bürger melden uns zurück als Politiker was sich wirklich abspielt, dann hört man immer wieder, egal ob das ein Tischler ist, ein Dachdecker ist, ein Hotelier ist, ein Arzt ist, ein normaler Arbeitnehmer, jeder Beruf, ob Freiberufler, sagen ich arbeite viel, ich arbeite gerne, ich habe auch genug Aufträge, aber die Bürokratie erschlägt uns. Wir ertragen das nicht mehr. Es wird validiert, evaluiert, kontrolliert und die Steuern und Abgaben belasten uns. Alle zwei Monate, wenn wir auf die Bank gehen, wo ich mir gedacht habe jetzt wird das Ergebnis da sein von meiner Arbeit, habe ich das Gefühl ich mache zwei Schritte zurück. Genauso im Arbeitnehmer- und Angestelltenbereich, wo man das Gefühl hat, man bekommt nicht mehr das Einkommen zum Durchkommen.

Genau das ist die Problematik. Auf der anderen Seite, das lässt sich nicht leugnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Hier fragen mich immer wieder die Leute, wie gibt es das liebe Freunde? Wir lesen überall in den Medien wir haben die zweithöchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg, aber ich bekomme keine Mitarbeiter. Wenn ich Mitarbeiter bekomme, dann haben sie eine schlechte Ausbildung. Dann hört man, dass man über die Gesetze, die wir machen, dann wieder unterläuft. Ein Asylant, wie wir hier einen Neos-Politiker gehabt haben, der lernt dem Koch und das Kellnern innerhalb von drei Monaten, wo unsere Leute drei Jahre brauchen und die Prüfungen vorlegen müssen. Da haben wir dann überall die Ausnahmen.

Jetzt bringe ich Ihnen ein paar Beispiele in der Landespolitik, lieber Cyriak, wo wir wirklich viele Arbeitsplätze verhindert haben. Das war die Debatte zum Bauman, die wir die Freiheitlichen, die FPS, Entschuldigung ich darf ja nicht freiheitlich sagen, sonst werde ich wieder verurteilt. Ich habe neulich gesagt, dass ich als Freiheitlicher 2013 angetreten bin und gewählt wurde. Jetzt wurde ich vom Gericht verurteilt. Super.

Dann die Debatte Europarkerweiterung, wo es um viele, viele Arbeitsplätze gegangen ist. Von den Grünen negiert. Eigentlich ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Schwaighofer: Was hat das mit Bürokratie zu tun?)

... Ja weil es um Arbeitsplätze geht, um Wirtschaft, lieber Cyriak, das verstehst Du nicht, weil Du glaubst ja nur, dass man mit dem Klimabündnis Wirtschaft machen kann. Das ist ein großer Irrtum. Das ist ein großer Bereich, aber es ist zu wenig und ist vor allem für die Leute zu wenig, die kein Einkommen haben und die einen Arbeitsplatz suchen.

Das Nächste, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, und das war eigentlich der Grund warum wir diesen Antrag schon vor Monaten gestellt haben. Da wird ein Betrieb in Salzburg bestraft, weil zufällig in der Saison Sonntag und auch Feiertage zusammenfallen. Er hat die Mitarbeiter gefragt seid ihr bereit zu arbeiten, die Betriebe brauchen Lebensmittel, die Hotellerie im Winter in den Schigebieten. Die haben zugestimmt. Sie haben nur einen halben Vormittag aufgemacht und dann hätte man ihnen eine Strafe von € 70.000,-- aufgebrummt. Das erinnert mich an Armin Wolf, der gestern in Zeit im Bild den Herrn Leitl, den Präsidenten der Kammer gefragt hat: Na ja, und da seht Ihr die Dringlichkeit. Es ist auch jetzt im Bund die Maschinensteuer hier steht hoch zur Diskussion. Und dann hat er ihn auf einige Dinge der Gewerbeordnung angesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zieht sich weiter. Die Allergenverordnung, die Bürokratie, die unsere Betriebe erschlägt. Wir haben den Antrag hier gestellt, nehmen wir eine dumme, dumme Entscheidung der Politik zurück. Nein. Sie werden nicht gescheiter, wie Du sagst, Herr Kollege. Das wäre wirklich einmal ein Zeichen der Politik auch einzusehen wir haben einen Fehler gemacht. Es geht weiter. Auch die Bauern sind Betriebe und beeinflussen die Wirtschaft. Milchpreis jetzt wieder. Die EU. Wenn TTIP und CETA kommt, das transatlantische Abkommen, ist unsere Wirtschaft komplett kaputt, liebe Freunde. Auch hier ein Antrag von uns, die Russlandsanktionen aufzuheben. Heute haben wir gehört, dass 30 % Export dadurch letztendlich vernichtet wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf das sich die Österreicher immer so freuen und sagen deswegen sind wir in die EU gegangen. 30 %, auch hier unser Antrag, von Ihnen abgelehnt, dass wir die Russlandsanktionen, die nur den Amerikanern helfen, endlich einmal beenden. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Du hast zehn Minuten.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar, dass wir über dieses Thema heute diskutieren dürfen, denn in der Tat verwalten wir uns zu Tode, denn in der Tat verlieren wir zunehmend an wirtschaftlicher Dynamik. Den vielen kleinen und mittleren Unternehmen wird die Lust am Unternehmertum vertan, indem ein überbordendes Maß an Vorschriften, an Kontrollen, an Normen das Arbeiten fast schon unmöglich macht. (Beifall der ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten) Heute ist es fast schon so, dass ein Unternehmer, eine Unternehmerin, mit rund 25 Mitarbeitern, beide sind tätig, er ist irgendwo auf Montage oder in der Werkstätte, sie macht das Büro, dass die überhaupt keine Chance haben, die Vorschriften noch zu kennen. Ich weiß schon, Nichtkenntnis schützt vor Strafe nicht, aber sie haben keine Chance mehr. Warum ist das so?

Wir haben eine Vielzahl an Regelungsquellen. Das reicht von Europa über die Bundesregierung bis hinein in die Landesregierung und die Parlamente. Es ist auch eine grundsätzliche

Einstellung und ich möchte es auch sehr selbstkritisch sagen, der Anlassgesetzgebung, wenn irgendwo irgendetwas passiert, dann muss sofort eine gesetzliche Regelung kommen. Dann gibt es die Normungsinstitute, die haben natürlich auch einen Selbsterhaltungstrieb und entwickeln immer noch strengere Normen und noch höhere spezialisierte Vorschriften und du musst auf dem Stand der Technik bleiben. Der Stand der Technik wird wieder von den Verwaltungsbehörden übernommen und daraus ergibt sich eine Eigendynamik, die fast nicht mehr zu beherrschen ist. Dazu kommt eine Grundeinstellung des Staates der Bevormundung, der Regelung zulasten des Prinzips Hausverstand. Man hat irgendwo den Eindruck, dass der Staat, auch zum Teil die Verwaltung, den Leuten, die in der Wirtschaft tätig sind, schlicht und einfach nicht mehr zumutet, mit Hausverstand arbeiten zu können.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich war bei einem Fliesenlegerbetrieb in St. Johann. Ich wurde angerufen von unseren Freunden in St. Johann, die haben gesagt, fahr einmal hin zu dem Betrieb, der ist so satt, der wird uns wahrscheinlich zusperren. Ein kleiner Familienbetrieb, neun Mitarbeiter. Er hat gesagt: Schauen Sie, ich habe mir eine Stehleiter angeschafft. So eine Klappleiter, wie sie in jedem Haushalt ist. Ich musste alle Mitarbeiter versammeln, die Leute an dieser Leiter einschulen, ein Protokoll darüber unterschreiben lassen und wehe der Arbeitsinspektor kommt und findet dieses Protokoll nicht. Hausverstand. Und da gibt es eines das andere.

Ich war in Grödig bei einem Betrieb, die waren auch total sauer. Die haben gesagt, schauen Sie, der Arbeitsinspektor kommt und sagt die notwendige Beleuchtung ist nicht mehr ausreichend, zu dunkel, da müssen sie eine neue machen. Ok, machen wir eine neue, kostet ein paar Tausend Euro. Ein halbes Jahr später wird der Betrieb übergeben, die Gewerbebehörde kommt und sagt mit der neuen notwendigen Beleuchtung können sie nicht arbeiten, sie brauchen eine zentralgesteuerte Notwegebeleuchtung. Daher die neue Investition wieder herausreißen, wieder ein paar Tausend Euro investieren. Derselbe Betrieb baut eine Gastronomieküche neu, groß investiert, tolle Unternehmerfamilie, viele Mitarbeiter. Sie wissen, eine Gastronomieküche, das ist eine heftige Investition. Fünf Handwaschbecken waren eingebaut. Dann kommt der Hygieniker und sagt nein, nicht fünf, sechs brauchen wir, aber nachdem es fertiggestellt war natürlich. Dass uns da die Leute auszucken, da brauchen Sie sich nicht wundern.

Die Steuerreform, meine Damen und Herren, die war das Tüpfelchen auf dem I. Die hat das Fass ein bisschen zum Überlaufen gebracht und wir müssen, glaube ich, sehr selbstkritisch daran gehen, wie wir den Leuten wieder mehr Freiraum geben können. Freiraum heißt ja nicht zulasten der Mitarbeiter, sondern Freiraum heißt ihnen wieder Lust an unternehmerischer Tätigkeit, (Beifall Klubobmann Abg. Dr. Schnell) an diesem schönen Bereich Wirtschaften zu geben.

Arbeitszeitgesetz. Die strengen Regelungen führen dazu, dass die Leute, die arbeiten wollen, nicht mehr arbeiten dürfen. Ein Monteur, der in ganz Österreich unterwegs ist, möchte gerne heimfahren, möchte noch fertigmachen an der Baustelle irgendwo in Niederösterreich und dann heimfahren zum Wochenende. Er kann aber nicht fertigmachen, weil die

Fahrzeit zur Dienstzeit zählt und er sonst über die Zeiten drüber käme. In der Gastronomie zu Silvester. Die langen Ruhezeiten. Silvester endet nicht um 23:00 Uhr, das dauert halt meistens bis vier, fünf. Um sieben, acht Uhr muss trotzdem das Frühstück da sein. Aushilfe kriegst du in dieser Zeit keine. Da sind jetzt Regelungen gefunden worden, aber trotzdem das ist in den Regelungen oft lebensfern, und hier sind wir gefordert, uns einzubringen.

Wir haben natürlich festgestellt bei den vielen Gesprächen, sehr vieles ist Bundesrecht. Vieles wird unter der Ausrede EU auch übertrieben geregelt. Golden Plating nennt sich das. Aber wir konzentrieren uns jetzt einmal auf unseren eigenen Bereich mit der Deregulierung. Wir haben aus den Abteilungen Vorschläge bekommen. Wir haben ein Projekt aufgesetzt, wo wir gesagt haben jede Abteilung und die Bezirkshauptmannschaften müssen je zehn Vorschläge einbringen, aber nicht um Personal abzubauen, weil da können Sie sich vorstellen welche Vorschläge kommen, sondern um effizienter zu werden, um uns selbst das Leben leichter zu machen, Freiräume zu schaffen, damit wir uns auf die wirklich wichtigen Angelegenheiten konzentrieren können und auch, um unseren Bürgerinnen und Bürgern sozusagen den Kontakt mit der Behörde zu erleichtern und zu verschonen mit diesem übertriebenen Aufwand.

228 Vorschläge wurden akzeptiert von den Ressorts. Es sind insgesamt an die 135 gesetzlichen Änderungen vorgesehen, zwölf Regierungsbeschlüsse, 32 Ressortaufträge, 69 Richtlinien. Das wird jetzt in Deregulierungspaketen abgearbeitet. Ich halte das für ein ganz, ganz wichtiges Projekt.

Meine Damen und Herren, weil hier auch die Steuerreform angesprochen wurde. Wir haben uns enorm eingesetzt zum Beispiel im Bereich der Grunderwerbssteuer. Ich möchte mich auch beim Hans Scharfetter bedanken. Wir haben diese übertriebene Grunderwerbssteuer, die die Übergabe in den Betrieben fast nicht mehr möglich gemacht hätte, soweit hinbekommen, dass die Grunderwerbssteuer jetzt billiger ist als vorher im betrieblichen Bereich. Wir haben eine Abmilderung bei der Umsatzsteuer geschafft. Was wir nicht geschafft haben, sind vernünftige Abschreibungsdauern. Da gibt es aber die Zusage, dass für die Hotellerie zumindest eine Regelung gefunden wird. Auf die Einlösung dieser Zusage drängen wir massiv.

Was die Almbauern betrifft, ist es auf einem guten Weg. Ich habe die Wirte eingeladen, die Almbauern, die Vereinsobleute eingeladen. Wir haben ein Salzburger Memorandum ausgearbeitet, eine Liste an Forderungen einfach aus dem Verständnis heraus, wenn die Wirte ein Paket bekommen, dann werden sie auch nichts dagegen haben, dass den Almbauern und den Vereinen das Arbeiten erleichtert wird. Bei uns ist es sowieso kein Thema, es ist hauptsächlich ein niederösterreichisches, ein burgenländisches Thema, diese Auseinandersetzung Wirte gegen Vereine. Da sind einige Dinge drinnen, die für die Gastronomie gut sind, die für die Almbauern gut sind und das ist auf einem guten Weg. Für die Almbauern soll es sozusagen die Kalte-Hände-Regelung geben und damit sind die hochzufrieden und können weiterarbeiten. Es wird wahrscheinlich in Kürze der Sack zugemacht werden in Wien, denn nächste Woche kommt es in den Ministerrat.

Bei den Vereinen ist es so, dass der ganz überwiegende Teil der Vereine mit dem sogenannten kleinen Vereinsfest gut leben kann, wenn ein paar Stellschrauben gedreht werden, gegen die auch die Gastronomie und Hotellerie überhaupt nichts haben. Das haben wir eingebracht. Das ist auch sehr positiv begutachtet worden im Finanzministerium.

Letzter Punkt. Vielleicht sollten wir eine ganz grundlegende Paradigmenänderung vornehmen. Wir kontrollieren, wir misstrauen den Bürgern und den Bürgerinnen, den Unternehmerinnen und Unternehmern. Vielleicht sollten wir wieder einmal das Vertrauen nicht nur für die Politik einfordern, sondern als Vorleistung unseren Bürgern trauen, dass sie sich rechtskonform verhalten. Das geht. Ich gebe Ihnen ein Beispiel.

Wir haben die Investitionszuwachsprämie als wirtschaftsfördernde Maßnahme gemacht, auf zwei Jahre ausgelegt, schöne Beträge, gute Unterstützung. Wer mehr als in den letzten drei Jahren investiert, bekommt einen Zuschuss von 10 % für den Mehrbetrag. Super Sache. Wir waren in sechs Wochen ausverkauft für das Zweijahresprogramm. Unsere Mitarbeiter haben gesagt, wie sollen wir das administrieren? Wie sollen denn wir feststellen, wie hoch der Durchschnitt der Investitionen der letzten drei Jahre ist? Wir stellen gar nichts fest. Dazu gibt es einen Steuerberater. Der hat ja die Bilanzen. Wir brauchen nur einen Brief vom Steuerberater, wo der bestätigt, dass Durchschnitt so und so viel ist und dann brauchen wir einen zweiten Brief vom Steuerberater, der bestätigt, dass die Maßnahme, die Investition durchgeführt und bezahlt wurde. Und wir zahlen dann aus. Wir brauchen keine einzige Rechnung kontrollieren. Wir vertrauen, aber mit Stichproben. Wenn dann bei den Stichproben herauskommt, dass es Missbrauch gibt, dann gibt es drakonische Strafen.

Wenn wir dieses System in der Verwaltung durchsetzen können, Vertrauen mit Stichproben, dann werden wir uns selbst das Leben erleichtern und dann wird vielleicht auch wieder eine andere Stimmung im Land kommen, die mehr Dynamik, mehr Beschäftigung, mehr Wachstum ermöglicht. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, des Klubobmannes Abg. Naderer und der Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Als Nächster für die ÖVP Kollege Scharfetter. Fünf Minuten! Die fünf Minuten werden gerechnet, ab dem der Redner zu sprechen beginnt.

Abg. Mag. Scharfetter: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beginne jetzt zu sprechen. Ab jetzt tickt die Uhr. Zunächst einmal vielen Dank. Ich freue mich auch, dass wir das Thema Bürokratie, Deregulierung, Belastung unserer Betriebe einmal zum Gegenstand der Aktuellen Stunde gemacht haben. Ich kann natürlich nur alles unterstreichen und mit Rufzeichen versehen was der Landeshauptmann soeben ausgeführt hat.

Wir sind überreguliert. Wir sind in vielen Lebensbereichen überreguliert, und das spüren vor allem auch unsere Unternehmer und das ist hauptverantwortlich für die eher schlechte

Stimmung. Die Datenlage, was die Wirtschaft betrifft, ist nämlich gar nicht so schlecht. Wir haben gerade gehört Exportzuwächse, Wintersaison gut verlaufen, aber die Stimmung ist nicht gut. Ich bin, was dieses Thema betrifft, ein mehrfach Betroffener. Einerseits als politisch Verantwortlicher, weil uns das Thema natürlich beschäftigt, wirtschaftspolitisch. Andererseits als Interessensvertreter und zum Dritten nicht unwesentlich als Unternehmer in diesem Land.

Ich würde gerne auf diese Rolle einmal eingehen. Ich habe einen Familienbetrieb, ein kleines, mittleres Unternehmen, bis zu 40 Mitarbeiter. Ich muss sagen ich bin gerne Unternehmer, wie viele andere Kollegen auch, aber es ist schon alles ganz, ganz richtig was hier gesagt wurde, wir sind mit viel zu viel Bürokratie konfrontiert. Ich stelle mir oft die Frage, wenn man so einzelne Arbeitszeitregelungen sich anschaut, wenn man einzelne Genehmigungsverfahren sich anschaut, wie stellt man sich das eigentlich in der Praxis vor. Ich beginne beim Thema der Mitarbeiter, Gott sei Dank haben wir tüchtige Mitarbeiter, gar nicht leicht, immer wieder den Bedarf an Mitarbeitern zu decken, wir sind ein Saisonbetrieb, haben auch ausländische Mitarbeiter. Die Lohnverrechnung ist schon fast eine Geheimwissenschaft. Du kriegst auch mitunter gar nimmer ganz konkrete Auskünfte von den zuständigen Stellen. Alles, alles sehr, sehr kompliziert.

Arbeitszeitregelungen. Das ist eben so im Unternehmen, wenn wir uns es wünschen könnten, wäre es vielleicht anders, dass wir keine durchgängig gleichmäßige Auslastung unserer Betriebe haben. Da gibt es erhebliche Unterschiede. Saisonzeiten, Auftragsbestände. Mir sagt kürzlich ein befreundeter Tischlermeister: Ich habe mich immer bemüht und bemühe mich, dass ich in der schwachen Auslastungszeit meine Mitarbeiter auch weiterbeschäftige. Oft vom Auftragsbestand her schwierig und dann haben wir halt einmal ein paar Monate, wo viele Aufträge da sind. Da wollen die Mitarbeiter auch arbeiten, weil sie auch verdienen wollen und da haben wir ein so enges Korsett an Arbeitszeitregelungen, dass vieles nicht mehr möglich ist.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns ein bisschen die Wirtschaftsentwicklung anschauen im internationalen Vergleich, was ist die Stärke der österreichischen Wirtschaft? Es ist zu einem Stück weit auch die Flexibilität unserer kleineren und mittleren Unternehmen, die anpassungsfähig sind, innovativ, die sich im Wettbewerb behaupten. Das ist genau diese Gruppe an Unternehmen, die es besonders schwer hat, wenn es um diese überzogene Bürokratie geht. Das sind Unternehmen, die haben keine eigene Personalabteilung, die haben keinen Arbeitsrechtler im Betrieb und müssen trotzdem – der Landeshauptmann hat es gesagt – alle Vorschriften klarerweise kennen und auch entsprechend umsetzen.

Wenn man als Unternehmer Baumaßnahmen setzt, das sind oft kleine Baumaßnahmen – große Kommission, viele Sachverständige, und der Landeshauptmann hat es schon erwähnt, teilweise widersprüchliche Aussagen. Ich kenne selbst Fälle, das Stiegeengeländer um 2 cm zu nieder oder der Abstand bei den Sprossen bei einer Stiege um 5 cm zu groß und, und, und. Vieles mehr.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, weil es heute thematisiert wurde. Wir sind im Tourismus mit neuen Mitbewerbern konfrontiert. Airbnb und wie das alles heißt, wo an allen vorbei auf völlig neuem Weg Vertriebsbahnen aufgebaut werden und dann haben unsere angestammten Betriebe, die mit zu viel Bürokratie überzogen werden.

Letzter Punkt und letzter Befund. Nehmen wir uns zurück was die Regelungsdichte betrifft. Nehmen wir uns einmal zurück. Der Landeshauptmann hat es richtig gesagt. Paradigmenwechsel. Wir müssen nicht alles 150 % kontrollieren, sondern vertrauen wir auch einmal darauf. Vertrauen wir auch einmal darauf, dass es auch mit weniger Regelung funktionieren kann. Es war die Rede, Schlagwort New-Deal hat es geheißen vor einigen Tagen in der Bundesregierung. Das wäre ein guter Ansatz für einen New-Deal. Weniger Regelungen, weniger Bürokratie, und das wäre auch ein Konjunkturpaket, das nichts kostet, aber sehr viel bewirken würde. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ Klubvorsitzender Steidl. Bitte!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Junge Gäste aus dem Pinzgau!

Gestalten statt verwalten, ist eigentlich in unregelmäßiger Regelmäßigkeit auf der politischen Agenda und Tagesordnung. Es gibt keine Bundesregierung, es gibt keine Landesregierung, die nicht einen Großteil oder einen sehr ausführlichen Ansatz in den jeweiligen Regierungsprogrammen hat, so auch diese Landesregierung. Wir wissen aber als gelernte Österreicherinnen und Österreicher aus der Vergangenheit heraus, dass die großen Würfe für Verwaltungsreformen bislang immer wieder gescheitert sind. Es hat immer wieder große Ambitionen gegeben in diese Richtung. Der letzte große Wurf, der als solcher bezeichnet werden kann, war die Reform der UVS, nämlich hin zu Verwaltungsgerichten. Der Geist dieser neuen Verwaltungsgerichte hat ja auch ein bisschen mit Salzburg zu tun. Es ist in Salzburg entstanden, in Kaprun bei einer Landeshauptleutekonferenz finalisiert worden unter Vorsitz von Mag. Burgstaller. Kaprun, ein Ort der Energie, vielleicht auch, wenn es um politische Entscheidungen geht.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Verwaltungen, sei es auf der Gemeindeebene, auf der Bezirksverwaltungsebene und auch auf der Landesebene ist durchaus gegeben und das Vertrauen ist durchaus ausgeprägt, aber natürlich ist der Ruf auch nach Veränderung, so wie es meine Vorredner auch angesprochen haben, auch auf der tagtäglichen Tagesordnung, gerade wenn es um Baurecht geht, wenn es um Umwelt- und Naturschutzverfahren geht und wenn es auch um die Finanzpolizei geht. Da gebe ich auch dem Karl Schnell Recht.

Wenn mein Vorredner, der Hans Scharfetter gemeint hat wir sind überreguliert. Ja, ich glaube wir sind in vielen Lebensbereichen überreguliert, betrifft nicht nur die Arbeits- und Wirtschaftswelt, aber wenn es um die komplizierte Lohnverrechnung geht, dann muss man

schon auch eines im Auge behalten. Lohnbestandteile werden auf der kollektiven Ebene zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandelt und dort liegt die Kompliziertheit.

Ich habe selbst einmal versucht, einen großen Wurf vorzuschlagen im Handelsbereich, weil es Handelsangestellte gibt, die zu verschiedenen Tageszeiten unterschiedliche Zuschläge bekommen in ihrer Arbeitszeit, ob 30 %, 50 %, 70 %, 100 %. Ich habe versucht, das zu entflechten mit einem Vorschlag und das in das Grundgehalt einzurechnen. War nicht möglich mit meinen Partnern auf der Ebene der Wirtschaftskammer, weil dann diejenigen, die vielleicht nicht zu diesen Tageszeiten in der Vergangenheit gearbeitet haben, einen Vorteil hätten. Aber insgesamt wäre, glaube ich, eine Win-Win-Situation entstanden.

Was braucht letztendlich eine moderne Verwaltung? Ich glaube im Vordergrund soll stehen nicht die Ansage wie etwas nicht geht, sondern im Vordergrund soll stehen wie kann es möglich werden. Drei Beispiele in Salzburg. Wir haben also den Europark in einem behördlichen Vorprüfungsverfahren mit der Erweiterung genehmigt bekommen auf der behördlichen Ebene, aber die Politik, und das ist es, was der Karl Schnell auch angesprochen hat, hat es torpediert und hat entschieden. Auch hier auf der Ebene der Politik braucht man im Zusammenspiel mit der Verwaltung und im Behördenverfahren auch so etwas wie Verlässlichkeit. Die Betriebe im Europark, das waren Dutzende Salzburger Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch Hunderte Arbeitslose, die hier enttäuscht wurden mit dieser Entscheidung.

Ein anderes Beispiel: MACO Lungau. Die Ansiedlung im Lungau der Fa. MACO war in Rekordzeit über der Bühne – ich bin schon zum Schluss kommend, Frau Präsidentin. 16 Tage für Baubewilligung und für die Betriebsstättengenehmigung. Applaus für die Behörde im Lungau. Applaus für das Ressort, Herr Landeshauptmann, Sie waren zuständig. So stelle ich mir das auch vor. Aber das Gegenbeispiel mit derselben Fa. MACO, acht Jahre. Acht Jahre durch die Sturheit, auch durch die politische Sturheit eines Ressortverantwortlichen, der für das Naturschutzverfahren zuständig war, hat man zwei Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung total gehemmt und zurückgeworfen.

Abschließend: Es ist auch jetzt wieder die Debatte über Steuerhoheit der Länder. Ich glaube wir sollten uns unterhalten über die Entflechtungen der Gebietskörperschaften und vielleicht könnten wir beispielgebend von Salzburg aus eines machen, so wie wir das bei der Demokratieenquetekommission gemacht haben. Machen wir eine Enquetekommission zum Thema Verwaltung, damit der Wirtschaftsstandort Salzburg gestärkt wird, damit die Verfahren beschleunigt werden und dass die Bürokratie abgebaut wird. Nehmen wir es gemeinsam in die Hand. Das würde ich mir wünschen. Ich lade Euch alle dazu ein. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für die Grüne Fraktion Herr Klubobmann Cyriak Schwaighofer. Bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne mit einem kurzen Rückblick auf das, was der Karl Schnell ausgeführt hat. Ich habe die Beispiele mitgeschrieben und mich dann gefragt was hat das mit dem Land Salzburg zu tun und mit unseren Regelungen. Sowohl die Mitarbeiterfrage am Sonntag ist keine landespolitische Regelung, die Maschinensteuer schon gar nicht, die Allergenverordnung auch nicht und der Milchpreis wurde auch woanders, diese Quotenregelung wurde auch woanders beschlossen. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Wir knien vor diesen Leuten!)

... Was mich, lieber Karl Schnell, aber jetzt dazu bringt, vielleicht einmal ganz kurz eine kleine Lanze für oder gegen die EU zu brechen, weil wir hören das ja da herinnen oft, schuld ist dieses Bürokratiemonster dort oben, schuld ist Brüssel, weil die fahren über die Mitgliedsländer drüber und ähnliche Dinge mehr.

Ich habe mir angeschaut, wie ist denn das jetzt mit den Verordnungen und mit den Richtlinien, die von der EU kommen, wie hat sich das denn entwickelt, wird das immer schlimmer oder wird das immer ärger? Nein, nur zur Klarstellung, weil so ist es nicht. In den Jahren 2000 bis 2005 hat es 435 Verordnungen der EU gegeben. In den letzten vier Jahren, 2011 bis 2015, 178, also deutlich weniger als die Hälfte. Bei den Richtlinien ist es dasselbe. Bis 2005 1.294, jetzt 2011 bis 2015 616, fast genau auf die Hälfte reduziert. Dann kommt noch etwas dazu, und das ist sehr wichtig. Kein Rechtsakt der EU kann ohne Zustimmung des EU-Rates wirksam werden und der EU-Rat sind die Mitgliedsländer.

Also wenn wir nach Brüssel schimpfen, sollen wir zuerst nach Wien gehen und sagen ihr, wenn ihr dort oben seid, bitte stimmt diesen Dingen nicht zu. Nur einmal zur Klarstellung, das ist etwas anders von der Gewichtung. Man kann sich nicht, und das machen die Wiener oder die Bundespolitiker gerne, zuerst stimmen sie oben zu, dann fahren sie runter und herunter schimpfen sie dann über die EU. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Cyriak, das sind die Parteien, die da vertreten sind!)

... Faktum ist, dass das in der Realität nur dann passieren kann, wenn auch die entsprechenden Ratsbeschlüsse, und die kommen von den Mitgliedsländern, gefasst werden.

Zweiter Punkt: Ich greife den Ansatz vom Landeshauptmann auf, Paradigmenwechsel, Walter Steidl hat es auch angeführt, andere auch. Für uns Grüne keine einfache Materie. Wir sind ja ganz gern die Oberkontrolloren und dann möglichst penibel alles kontrollieren und überwachen lassen. Gebe ich ohne weiteres zu, auch wir müssen lernen, dass Vertrauen manchmal besser ist als dauernde Kontrolle. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Scharfetter: Ja, richtig!)

... Ich sage das einfach so. Da haben wir einen Lernprozess. Ich habe das bei den Goldegger Dialogen, als wir 2013 das Thema Vertrauen hatten, habe ich meinen Mitarbeitern und Kollegen gesagt „Und was tun wir jetzt?“. Wir debattieren drei Tage über Vertrauen und bei der Kasse bei uns beim Eingang stehen immer zwei Leute und kontrollieren jede Karte, ob jeder eine Karte mit hat. Wir haben beschlossen wir kontrollieren nicht in diesem Jahr und es hat wahnsinnig viel Dankeschön, super, das ist ganz toll, dass ihr uns so quasi vertraut's und nicht kontrolliert's gegeben und wir haben nicht festgestellt, dass irgendetwas weniger gewesen wäre. Oft ist es auch ein bisschen die Überwindung auch zu sagen ja ich traue dir etwas zu, mach das und wie ich gesagt habe stichprobenartige Kontrolle. Da bin ich ganz dafür.

Nächster Punkt: In Salzburg, darum habe ich das in der Präsidiale auch gesagt, wir sollen uns ein bisschen konzentrieren auf das was Salzburg macht, es ist schon angesprochen worden und ich finde das ganz wichtig, dass es bei uns dieses Projekt gibt, Deregulierung konkret, wo man hinschaut in allen Abteilungen, in allen Bezirkshauptmannschaften, wo sind wir überreguliert, wo gibt es veraltete Bestimmungen, die einfach keinen Sinn mehr ergeben und ähnliche Dinge mehr. Weil man ja sehr gerne und sehr häufig hört, gerade auch von Bürgermeistern zum Teil in der Raumordnung, im Naturschutz und im Umweltschutz, da gibt es immer so überbordende Vorschriften und ähnliche Dinge mehr und da wird immer noch mehr reguliert, führe ich nur eine Zahl an. Die meisten Vorschläge zur Deregulierung kommen aus dem Bereich Umweltschutz und Naturschutz von der Astrid Rössler. Das heißt mit 42 Vorschlägen hat sie die meisten Vorschläge eingebracht und war da die, die sozusagen am engagiertesten an die Sache herangegangen ist.

Letzter Satz noch. Die Grünen haben auch auf Bundesebene im Bereich der Gewerbeordnung eine Initiative gestartet, weil da gibt es auch derartig viele überbordende Regelungen mit diesen sogenannten Teilgewerben und ähnliche Dinge mehr. Ich könnte jetzt Beispiele vorlesen, was einer nicht darf, es ist fast kabarettistisch, wenn man sich das teilweise durchliest. Vielleicht kann der Joschi Scheinast in der zweiten Wortmeldung ein paar Beispiele bringen. Man glaubt es nicht, dass so etwas in Österreich möglich ist. Aber da gibt es auch auf Bundesebene sehr viel zu tun. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten, des Klubobmannes Abg. Naderer und der Abg. Fürhapter)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Nunmehr am Wort das Team Stronach Salzburg, Helmut Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Zur Geschäftsordnung bitte!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte sehr!

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 32 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Salzburger Landtages trete ich mein Rede-recht an die freiheitliche Abgeordnete Marlies Steiner-Wieser ab.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Bitte Frau Kollegin Steiner-Wieser, Du bist am Wort.

Abg. Steiner-Wieser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Laut Statistik Austria gibt es in Salzburg ca. 35.000 Unternehmer. Rund 17.000 Unternehmer davon sind Ein-Mann-Unternehmen. Das heißt Unternehmen ohne Mitarbeiter. Ein-Mann-Unternehmen, das heißt ohne Mitarbeiter. Das wundert mich wahrlich nicht bei den hohen Belastungen für Unternehmen, für Selbständige. Hohe Lohnnebenkosten, Hürden, Bürden. Erschreckend ist auch, wenn man sich den KSV anschaut, dass 50 % der Insolvenzen Unternehmer sind. Auch das wundert mich nicht, denn es sollten schon lange nachhaltige Konzepte geschaffen werden zur Stärkung eines Salzburger Wirtschaftsstandortes, wir leben davon. Je besser es der Wirtschaft geht, desto besser geht es den Menschen. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, um Unternehmer zu motivieren, den Mut geben, weiterzumachen, Neugründungen zu machen.

Wenn ich mir vorstelle, allein die Firma MACO in Salzburg, welche Hürden, welche Probleme man der Firma MACO hier in Salzburg gemacht hat. Man hat 200 Arbeitsplätze beinahe riskiert, da haben Krötentunnel gebaut werden müssen, da haben Bäume und Büsche quer über die Alpenstraße gebracht werden müssen. Gott sei Dank hat MACO nicht das Handtuch geworfen. Oder Kranhersteller Palfinger, wie hat man dieses Unternehmen geplagt. Sein Unternehmen hätte er um ein paar Zentimeter umdrehen sollen, damit der Schatten besser fällt.

Wir dürfen es nicht riskieren, dass Unternehmen abwandern, dass wir Unternehmen verlieren. Wir haben schon einige verloren. Ich denke an die Firma Lugstein, Motion06, Firma Heutrocknung SR. Hinter jedem Unternehmen, das aufgibt, stecken Mitarbeiter, stecken Familien, die davon leben von bestehenden gut florierenden Firmen. Durch den Abzug von Unternehmen verlieren ja die Gemeinden Steuern, Steuereinnahmen, Kapital. Das dürfen wir nicht zulassen und es ist hoch an der Zeit, dass die Politik etwas macht.

Wichtig wären schnellere und einfachere Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren ohne bürokratische Schikanen. Gezielte regionale Wirtschaftsförderungsprogramme und Aktivierung von leer stehenden Gewerbeobjekten. Günstigere Grundstücke zur Errichtung von Unternehmen, aber auch die Befreiung der Vignettenpflicht um Salzburg herum wäre schon ein Anreiz. Park & Ride Parkplätze sollten gebaut werden. Wir müssen Druck auf den Bund machen, dass die Lohnnebenkosten noch weiter gesenkt werden, damit unsere Unternehmen überleben können, damit Jungunternehmer den Mut haben, Unternehmen zu gründen.

Packen wir es an. Ich glaube wir sind es Salzburg schuldig, wir sind es den Bürgern in diesem Land schuldig. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten und des Klubobmannes Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Wir kommen zur zweiten Runde der Wortmeldungen. Für die ÖVP Kollege Obermoser.

Abg. Obermoser: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Hohe Regierung! Hohes Haus! Liebe Pinzgauerinnen und Pinzgauer!

In ein paar Tagen beginnt in Frankreich die Fußballmeisterschaft und ich möchte anhand eines Teams zum heutigen Thema überleiten. Wenn man Fußballtrainer ist, dann wird man sich Gedanken machen müssen, wie man seine Mannschaft positioniert, wenn man siegen möchte. Man wird darüber sprechen, dass jemand die linke Flanke, die rechte Flanke, die Mitte bedienen wird, wer hinten im Tor steht. Man wird sich darüber Gedanken machen, ob man defensiv spielt oder offensiv spielt.

Warum sage ich das? Ich habe das Gefühl, dass in unserem Land Österreich, auch manchmal in Salzburg wir nicht miteinander spielen, sondern gegeneinander spielen. Die gesellschaftlichen Schichten, Arbeitnehmerschaft, Landwirtschaft, Wirtschaft wird genüsslich begleitet, durch die Medien oft gegeneinander ausgespielt und wir kommen nicht zum gemeinsamen Schuss zum Tor. Begrifflichkeiten, ich leihe mir das von der Sozialdemokratie aus, Gerechtigkeit muss sich lohnen, ist etwas, was eigentlich nicht nur für eine Schicht zu gelten hat, sondern für alle zu gelten hat, auch für das Unternehmertum.

Die andere Begrifflichkeit, wie "Bekämpfung für den Reformstau in Österreich", hört man auch immer wieder. Dazu gibt es hunderte Diskussionsbeiträge und Verbesserungsvorschläge. Ebenso sollte man sich auch Gedanken machen über sinnlose Bürokratie und Sanktionen gegen den Wirtschaftsstandort.

Ich möchte in diesem Reigen weitersprechen und dazu kommen, dass irgendwo in unserem Land, wenn wir es gemeinsam gestalten wollen, Schluss sein muss mit der permanenten Debatte, neue Steuern irgendwo einzuführen, dass Schluss sein muss, permanent darüber zu reden, ob man neue Auflagen, Kontrollen bzw. sonstige Unannehmlichkeiten für jedermann in unserem Land einzuführen. Es kann nicht so sein, und da bin ich sehr kritisch und lasse mich auch gerne schimpfen, wir können nicht permanent den Wirtschaftsstandort liberalisieren, national wie international, und gleichzeitig auf der anderen Seite einen Spieler, viele Schutze zuteilwerden lassen. Das führt dazu, dass wir Wettbewerbsnachteile haben, dass die Innovationskraft in diesem Land gehemmt wird und dass wir vielerorts im wirtschaftlichen Bereich eben sogar mit Mitarbeiterabbau oder keine Mitarbeiteraufnahme zu tun haben.

Einige Begrifflichkeiten sind heute schon gesagt worden, aber wenn man weiß, dass wir im Arbeitnehmersozialgesetz beispielweise 1.200 Bestimmungen als Unternehmer zu beachten haben, dann ist es eine Zahl, die kann man einfach nicht mehr kontrollieren. Wenn man eine Prüfung hat, läuft man einfach Gefahr, 1.200mal überführt zu werden. Das sind Dinge, die einfach nicht gehen.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, wie es mir persönlich als Gastwirt geht. Herr Landeshauptmann hat es vorher schon gesagt, "die Ruhezeitaufzeichnungsbestimmungen". Da steht drinnen, dass ich, wenn ich meinen Mitarbeitern nicht die nötige Ruhezeit in der Hauptsaison zuteil werden lassen kann, ich innerhalb von drei Tagen diese Ruhezeit eben konsumieren lassen muss. Wenn dies nicht der Fall ist, muss ich die fehlende Ruhezeit auszahlen. Aber ich habe das Problem, ich habe Hauptsaison und da brauche ich gerade die Arbeitskraft. Ich kann meinen Mitarbeitern in diesen drei Tagen diese Ruhezeit nicht zuteil werden lassen, also mach ich mich schon kriminell. Ein weiteres Problem bei diesen Sachen ist, dass die Mitarbeiter in den wenigsten Fällen von diesen Bestimmungen etwas lukrieren. Geld fließt nur in das System hinein und das ist das Problem. Wir lügen uns oft gegenseitig an, wenn man glaubt, so jetzt müsste man schauen, dass der Mitarbeiter zu seinem Recht kommt, wie es so schön heißt; da kriegt er ein bisschen einen Bagatelle, aber das restliche fließt in das System.

Hunderte Auflagen. Einige sind heute schon erwähnt worden, wie Arbeitnehmerschutzbestimmungen. Noch ein Beispiel aus der Gastronomie. Ich habe langjährige Mitarbeiter, Gott sei Dank, die muss ich bei jedem Saisonbeginn schulen, dass Fett heiß ist, Wasser rutschig sein kann, ein Messer scharf ist. Also die Begrifflichkeiten, die wir unseren kleinen Kindern schon sagen. Messer, Feuer, Schere, Licht ist für kleine Kinder nichts. Das muss ich erwachsenen Menschen sagen, dies muss ich von ihnen unterfertigen lassen, dass sie in diesen Sicherheitshinweisen geschult worden sind. Tu ich das nicht, mache ich mich straffällig, wenn sich ein Mitarbeiter schneidet und mehrere Tage vom Betrieb fern bleibt. Das sind Dinge, wo wir uns einfach Gedanken machen müssen, ob nicht die Eigenverantwortung jedes einzelnen wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden soll.

Ich komme schon zum Schluss. Fördern wir – wie erwähnt – Eigenverantwortung. Fördern wir in allen Bereichen, wie bei einem Fußballspiel, die Leistungsfreude. Fördern wir das Miteinander zwischen den gesellschaftlichen Schichten. Es ist nicht klug, wenn wir uns gegenseitig immer auseinanderdividieren, damit eben unser Staat, der eigentlich an und für sich sehr, sehr gut dasteht, in dieser Form weiter aufrechterhalten bleibt. Ich bedanke mich und wünsche noch einen schönen Tag. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die SPÖ Kollege Schmidlechner.

Abg. Mag. Schmidlechner: Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bei dieser Debatte ist mir jetzt eines sehr stark aufgefallen und ich finde das sehr interessant. Wir reden immer von Entbürokratisierung, vergessen aber, dass die Bürokratie nichts anderes tut, als politischen Willen umzusetzen. Das ist ihr Job. Wir sitzen hier als Politiker, Landespolitiker, die aber durchaus auch mit Bundespolitikern zu tun haben, beschweren uns über Regelungen, über Gesetze, die entweder, wenn es Landesgesetze sind, von uns selbst gemacht wurden, oder wenn es Bundesgesetze sind, von Vertretern gemacht wurden, die letztlich auch aus unseren Parteien kommen. Das interessante an der gesamten

Debatte besteht darin, dass wir jetzt als Politiker dastehen und sagen wir überregulieren, wir überregulieren und wir überregulieren. Wir werden nächste Woche, übernächste Woche Ausschusssitzungen haben mit zehn Tagesordnungspunkten, zwölf Tagesordnungspunkten und wir sollten uns eigentlich einmal selber überlegen, was diese Dinge, die wir beschließen, sowohl für die Bürokratie bedeuten, aber vor allem auch für den Bürger, der dann eben mit diesen Regelungen konfrontiert ist.

Im Grunde, wenn wir über Überbürokratisierung sprechen, wenn wir darüber sprechen, dass es zu viele Regelungen gibt in unserer Gesellschaft, und das ist durchaus auch nachvollziehbar, dann reden wir über uns. Wir reden über unsere Arbeit und wir kritisieren unsere Arbeit, wir schlagen aber eigentlich ganz selten vor, wie man unsere Arbeit in dem Zusammenhang verbessern könnte. Es wäre nämlich schon einmal interessant, sich selbst auch zu fragen, da nehme ich mich überhaupt nicht aus, wenn man einen Antrag formuliert, was bewirkt das eigentlich wirklich konkret für die Bevölkerung. Ist dieser Antrag womöglich eine Beschäftigung für die Bürokratie und er bringt fast gar nichts? Oder ist der Antrag ein Antrag, der letztlich für die Bevölkerung zwar, so habe ich mir es vielleicht gedacht, etwas bringt, aber auf der anderen Seite vielleicht sogar zu mehr Problemen führt.

Das ist ja eigentlich das große Problem, das habe ich mir jetzt die ganze Debatte wirklich gedacht. Wir reden immer von der Bürokratie und vergessen im Grunde was die Bürokratie ist. Sie tut das, was wir ihnen anschaffen. Deshalb sind wir ja selbst als Politiker gefragt, wenn man von Entbürokratisierung, Freiräumen usw. spricht und wie oft machen wir das, dass genau solche Freiräume, auch wenn sie sinnvoll sind, auch in unserer eigenen Arbeit einschränken.

Dasselbe ist, wenn man von Bürokratisierung redet, wir reden immer wieder über Kompetenzen. Der Schulbereich ist ein Bereich, aber auch im Wirtschaftsbereich ist es immer wieder so. Bundeskompetenzen, Landeskompetenzen. Es ist dann durchaus so, im Schulbereich ganz extrem, da weiß man dann oft gar nicht so genau, ist jetzt das Land zuständig, ist da jetzt der Bund zuständig, wer hat diese Zuständigkeit, wer muss jetzt gefragt werden, aber letztlich, wie ist es denn bei den Ländern oder wie ist es auch beim Bund, ist irgendjemand von uns bereit zu sagen: Ok wir geben jetzt eine Kompetenz ab, damit nämlich das für den Bürger klar ist, wer für etwas zuständig ist. Das tun wir ja selber nicht. Das sieht man ja immer wieder bei Landeshauptmannkonferenzen usw., wo ständig darüber gestritten wird ist der Bund zuständig, ist das Land zuständig, wer hat die Macht. Das interessiert den Bürger nicht, aber uns interessiert es, wer die Macht hat. Dann stellen wir uns her in einer Aktuellen Stunde und jammern fest darüber, wie bürokratisch alles ist und tun fast so, als ob wir mit dieser Bürokratie nichts zu tun hätten. Da, glaube ich, wäre eine gewisse Ehrlichkeit in der Diskussion, und da nehme ich auch mich nicht aus, durchaus auch anzuraten.

Eine kurze Replik noch zur Steuerreform, Herr Landeshauptmann, weil Sie haben das angesprochen, dass sozusagen das die Spitze des Eisberges gewesen wäre. Ich und die sozialdemokratische Partei waren klar für Vermögenssteuern zur Gegenfinanzierung. Dass es eine

Gegenfinanzierung braucht, war unumstritten. Vermögenssteuern heißt, dass ein, zwei Prozent der österreichischen Bevölkerung so viel Vermögen haben, wie das BIP in Österreich ausmacht im Jahr. Aber das wollte die ÖVP nicht und ich habe es bis heute nicht verstanden, und ich gestehe das der ÖVP zu, dass sie den Mittelstand unterstützen will, verstehe aber nicht, dass ihnen das andere, die jetzt gültige Gegenfinanzierung, lieber war. Aber das ist etwas, das ihr argumentieren müsst, das ist nicht unbedingt etwas, was wir argumentieren müssen. Mir persönlich wäre auch die Vermögenssteuer viel, viel lieber gewesen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort Kollege Scheinast von den Grünen.

Abg. Scheinast: Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Am besten hat mir in der bisherigen Debatte gefallen der Gedanke der Paradigmenänderung, der Eigenverantwortung, des Hausverständes statt Dokumentationspflicht und allen möglichen bürokratischen Exzessen.

Ein Exzess zum Beispiel liegt vor, wenn man eine Photovoltaikanlage in Betrieb nimmt und man braucht einen Nachweis, dass die Photovoltaikanlage eine Energieerzeugungsanlage ist, in der Sonnenenergie in Strom umgesetzt wird. Das ist ein eigener Nachweis und absurder geht es überhaupt nicht. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Das heißt ja nur, dass Du es im Keller aufheben darfst!)

... Das ist eine Idee allerdings, die nicht aus der Politik gekommen ist, sondern die aus der Verwaltung kam. Genauso wie Unterschiede zu machen in der Photovoltaik, je nachdem ob sie betrieblich oder privat genutzt wird und wenn es eine betriebliche Photovoltaik ist, dann brauche ich eine gesicherte Leiter hinauf, weil dann muss ich sie anders warten als wäre sie privat genutzt. Das sind alles Geschichten, wo man sich fragt, wo wohnen wir und wer denkt sich so etwas aus und wer hat denn etwas davon. Da sind wir mitten drinnen dort, dass die Leute, die investieren, eigentlich sekkiert werden mit Umständen, um die es nicht gehen kann.

Ich habe eine Tischlerei mit zwei Gesellen und einem Lehrling. Neulich war der sicherheitstechnische Beauftragte der Unfallversicherungsanstalt bei mir und hat gesagt ich muss bei jedem Feuerlöscher ein Schild Feuerlöscher anbringen. Jetzt war es aber so, dass irrtümlich der Feuerlöscher in Augenhöhe war, jetzt habe ich unter dem Feuerlöscher das Schild montiert, dann sagt er mir nein, ich muss das umgekehrt machen, weil das Schild muss in Augenhöhe sein nicht der Feuerlöscher. Worum geht es, fragt man sich? Worum geht es? Geht es um irgendwelche Fakten oder was ist denn da eigentlich los? Worüber denken wir denn nach, wenn solche Sachen passieren?

Das Gleiche ist mit der Arbeitszeit. Würden wir davon ausgehen, dass meine Mitarbeiter und ich auf eine faire Art und Weise intelligent und erwachsen miteinander umgehen, dann muss es möglich sein, einen gewissen Durchrechnungszeitraum sinnvoll miteinander zu vereinbaren, dass man sagt ok, jetzt ist weniger Arbeit, wir haben das schon gehört, jetzt machst du einmal nur 25 Stunden und wenn mehr Arbeit ist, arbeiten wir einmal 45 Stunden und es wird sich über einen gewissen Zeitraum ausgleichen, weil ansonsten müsste man ja die Arbeitszeit reduzieren und ständig Änderungsmeldungen machen. Das hätte ja auch keinen Sinn.

Also davon auszugehen – und da ist wieder das Wort der Eigenverantwortung –, dass wir in der Lage sind, miteinander gute Vereinbarungen zu treffen im Sinne aller, ich denke das würde uns auch, und da hat der Cyriak das auch schon gesagt, da können wir uns selber bei der Nase nehmen, das würde uns auch gut tun. Viel von dem, wo wir uns paternalistisch denken das gehört geregelt, ein bisschen zurückzunehmen und zu sagen: schauen wir einmal, dass die Leute miteinander gescheiter tun und dann kommt sicher etwas heraus, was nicht zum Nachteil für die Gesellschaft ist. Ich glaube das sollte ja die Richtschnur unseres Handelns ein. Es soll nicht zum Nachteil der Leute sein und der Allgemeinheit.

Der Cyriak hat gesagt ich soll noch irgendetwas sagen zur Gewerbeordnung. Nehmen wir ein Beispiel, das wir im eigenen Bereich regeln können, das Tanzschulgesetz. Ich darf darauf hinweisen, dass es zum Tanzschulwesen ganz frisch, und das war nicht unsere Regelung, sondern eine österreichweite, eine ÖNORM gibt. Es gibt eine ÖNORM für das Tanzschulwesen, die ist im Juli voriges Jahr in Kraft getreten und regelt etwas, was man normalerweise nur im Bauwesen hat, nämlich Wärmedurchgangszahlen oder Statik oder sonst etwas. Es gibt eine Tanzschulwesen ÖNORM, und das, ich war schockiert, vor zwei Monaten sehe ich das, die besteht tatsächlich aus zwölf Seiten und da ist das Tanzschulwesen geregelt. Würde man das irgendwie in einer Landesgesetzgebung nur erwähnen, gälte diese ÖNORM auch für Salzburg. Das ist erneut ein Beispiel dafür, wo man sich denkt ja geht's denn noch, muss denn das sein.

In diesem Sinne finde ich grundsätzlich, es gibt viel Bürokratie, die sinnlos ist, und es gibt eine Bürokratie, die einen Sinn hat, und meiner Meinung nach, wenn man mehr Hausverstand walten ließe, so wie es der Herr Landeshauptmann gesagt hat, dann wäre uns schon allen geholfen. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten, des Klubobmannes Abg. Naderer, der Abg. Fürhapter und des Abg. Konrad MBA)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Für den Klub der FPÖ noch einmal Karl Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Liebe Zuhörer!

Die Botschaft hörte ich wohl allein, und jetzt gehe ich nicht weiter, es fehlt mir der Glaube, sondern ich will das heute einmal so mitnehmen und glauben, dass die Regierungsparteien das, was der Landeshauptmann heute gesagt hat, hat mir wirklich gefallen, wirklich

umsetzen wollen. Auch die SPÖ, die da in ihren Bereichen wirklich auch die Ankündigung gemacht hat. Das würde mich sehr freuen.

Nur, Leute, eines muss ich schon sagen. Wer macht die Bestimmungen in den letzten Jahrzehnten? Wer hat sie gemacht? Es waren Eure Parteien. Das ist das Problem. Wir gehen zur Reparatur und ich hoffe aber, dass das wirklich so ist, dass wir im Land jetzt erkannt haben das geht nicht mehr so weiter und ich glaube, dass Ihr es erkannt habt deswegen, weil die Wähler anders reagieren, weil sie sagen sie nehmen es nicht mehr hin, wenn Ihr so weiter tut, wählen wir Euch nicht mehr.

Lieber Cyriak, völlig richtig, aber es ist nun einmal so, dass uns viele Kompetenzen abhandengekommen sind Richtung EU. Da haben wir immer darauf aufmerksam gemacht. Jetzt sage ich Dir ein typisches Beispiel, das alle drei Bereiche betrifft. EU, Bund und uns. Die Allergenverordnung, die beschlossen worden ist, und dann die EU in ihren Richtlinien schreibt, und ich habe mir das durchgelesen, alle drei Punkte nicht der Tatsache entsprechen, nicht die Subsidiarität, nicht die Nachhaltigkeit und auch nicht die Begründbarkeit. Trotzdem wurde sie in Österreich eingeführt und jetzt kommen wir auf die Landesebene.

Wir, ich Karl Schnell, nachdem ich gehört habe, dass im Fernsehen die Experten schlechthin, das sind die Allergologen, Universitätsprofessoren aus Innsbruck und München gesagt haben das ist der größte Schwachsinn aller Zeiten, habe ich hier einen Antrag gemacht, einen Bittantrag Richtung Wien nehmen wir Gesetze, die wir machen, aber unsinnig sind, auch wieder zurück. Was habt Ihr gemacht, Cyriak? Dagegen gestimmt. Dagegen gestimmt.

Jetzt ein Beispiel zur Sinnhaftigkeit und Unsinnigkeit der Bürokratie. Ich baue als Arzt einen Röntgenraum. Den muss man verbleien, den ganzen Raum, kostet irrsinnig viel Geld, die Türen alles. Alles mit der Regierung abgesprochen, enormes Geld und dann kommt das Arbeitsinspektorat und sagt da herinnen darf keiner ein Röntgen schicken wir haben kein Fenster da. Sage ich Sie, Entschuldigen Sie, wenn Sie mir jetzt das Röntgen zusperren, können Sie in jedes Krankenhaus gehen, überall werden alle Röntgen zugesperrt, weil im Röntgen gibt es kein Fenster, weil sonst die Strahlung hinausdringt. Unglaublich was hier läuft.

Wie ich den Plan, auch abgesprochen mit der Regierung, wie ich die Ambulanz gemacht habe, haben sie mir sieben Toiletten vorgeschrieben. Meine Frau ist Hotelierin hat gesagt machst Du eine öffentliche Bedürfnisanstalt. Nein, ist so. Für eigene Mitarbeiter Damen- und Herrentoilette. Für die Männer ein Pissoir. Für die Behinderten eine eigene Toilette und für die Männer eine Toilette und wenn du für die Männer eine Toilette hast, musst du für die Frauen die doppelte Anzahl an Toiletten liefern. Insgesamt sieben. Macht über ein Drittel meiner Praxis aus. Kommt das Arbeitsinspektorat und sagt Herr Dr. Schnell, Sie haben ihre Putzfrau, der Zettel ist nicht da, aufgeklärt, welche Putzmittel darf sie verwenden, wenn sie schwanger ist. Dann sage ich Sie, wenn ich das tu, dann schmiert mir die eine, weil die ist kurz vor der Pension und sie kann gar nicht mehr schwanger werden. Wenn ich der das zum Unterschreiben gebe, die sagt: Sag einmal Doktor, bist Du komplett

deppert? Du weißt wie alt ich bin, Du weißt, dass ich gar nicht mehr schwanger werden kann und ich muss diesen Zettel unterschreiben. Das war ein netter Herr, das war wirklich ein netter Prüfer und hat gesagt: Herr Dr. Schnell, ich weiß es eh. Aber das ist es ja, Herr Landeshauptmann, ich weiß es eh.

Wo kommen diese Dinge her bitte? Die müssen wir beenden und ich glaube wirklich an Euch, dass Ihr das machen wollt. Das würde mich enorm freuen, weil wir einfach dann so viel Last wegnehmen. Du hast es richtig besprochen. Das ist das, was man draußen hört, wo die Leute sagen ich bin zu dem und dem bereit, aber ich mag nicht mehr. Jede Woche kriege ich einen Zettel zum Ausfüllen. Jedes Monat muss ich das und das tun, ständig habe ich eine Prüfung. Das ist bei uns so. Wenn man das dann praktisch auslagert, kostet es Geld, das wir nicht mehr finanzieren können.

Bitte noch einmal. Alles, was wir heute besprochen haben, wo ich sehr viel Positives mitnehme heute, das muss ich ganz ehrlich sagen, von allen Parteien, ich sage Euch aber trotzdem eines: Wenn das transatlantische Abkommen kommt, und da gilt bitte schön, da müssen wir hinschauen, dann machen wir alles das wieder zunichte. Denn wenn das kommt, hat die globalisierte Wirtschaft, die Mächtigen oben gewonnen. Dann kriegen wir solche Schwierigkeiten, weil, Herr Landeshauptmann, Du weißt es, gewisse Bestimmungen dann wir gar nicht mehr umsetzen, dann haben wir den Rechtsweg dort am Gericht und da muss ich wirklich sagen, da haben diese Großkonzerne auch genug Geld – bin schon fertig, Frau Präsidentin –, um sich die teuersten und besten Rechtsanwälte zu besorgen und dann wird es sehr schwierig.

Bitte, bitte an oberster Linie, Cyriak, steht trotzdem, da werfe ich Euch nichts vor, wir müssen uns nur auflehnen gegen falsche Entscheidungen in Wien und gegen falsche Entscheidungen in der Europäischen Union und vor allem vor den Amerikanern. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und FPÖ-Abgeordneten und des Klubobmannes Abg. Naderer)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Letzte Wortmeldung Kollege Naderer. Es gehen sich nicht mehr ganz fünf Minuten aus. Dreieinhalb.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Es ist viel ausgeführt worden und ich würde mir wünschen, wenn über die heutige Aktuelle Stunde ein Protokoll gemacht wird und das jedem einzelnen Landesbeamten geschickt wird, damit die Beamtschaft selbst weiß was die Absichten und die Intentionen des Landtages sind, insbesondere natürlich auch der Legistik. Denn es ist oft so, wenn man jetzt das Raumordnungsgesetz hernimmt, dass dieses Raumordnungsgesetz auch nicht mehr lesbar ist bzw. umsetzbar und auch die Wirtschaft dann entsprechende Probleme damit hat, obwohl das Grundproblem sicherlich die antiquierte veraltete Gewerbeordnung ist, die aber natürlich auf Bundesebene und nicht im Landtag zu regeln ist.

Aber auch der Landtag kann sehr viel regeln. Ich denke an das Campingplatzgesetz, wo es wirklich offenbar im Flachgau bei der Behörde die Zeit besteht, dass man Campingplätze abwandert, aufschreibt, dass dort drei Blumentöpfe über den Winter beim Campingplatz stehen und das ist verboten nach dem Campingplatzgesetz und Naturschutzgesetz und deswegen einen Bescheid erteilt, dass diese drei Blumentöpfe zu entfernen sind, nämlich zwischen Oktober und April und dann dürft ihr sie wieder hinstellen. Wenn das die Sorgen der Landesverwaltung sind, dann glaube ich ist eh alles eitle Wonne.

Im gleichen Atemzug hat diese Behörde fünf Jahre im Bereich der Genehmigung von Lidaun gebraucht. Jetzt kann man da dafür oder dagegen sein. Ich unterstütze sicherlich da auch den Robin Hood von Faistenau, den Vizebürgermeister Teufl, der sich da fest hineingehaut hat und auch große Erfolge erzielt hat, aber es kann nicht sein, dass so ein Verfahren erstens einmal fünf Jahre dauert und zweitens dann so mangelhaft ist, dass wieder alles aufgehoben werden muss. Das kann nicht sein, weil fünf Jahre Ungewissheit für die Bürger, fünf Jahre eine Ungewissheit auch für den Betreiber, ist Ungewissheit für alle Seiten und das Gleiche ist auch bei der 380 kV-Leitung. Ein ewiges Verfahren. Zuerst ist der Abschnitt von St. Peter nach Elixhausen. Es ist so gekommen, wie wir es alle gewusst haben, es wird sicher nicht verkabelt. Jetzt ist Elixhausen Kaprun. Das wird so kommen, wie es bei der ersten Strecke gekommen ist, das wird nicht verkabelt, aber es gibt jahrelange Diskussionen und Verzögerungen. Das sind alles Sachen, die die Bürger in der Form nicht mehr einsehen.

Vom Baugesetz rede ich jetzt gar nicht. Ich hoffe, dass die Bestimmungen Raumordnung, Bauordnung usw. wirklich entsprechend entrümpelt werden, so wie es der Herr Landeshauptmann heute angekündigt hat. Ich habe den Entwurf damals im Herbst in der Regierung noch gesehen und hoffe doch, dass das bald einmal umgesetzt wird. Es sind aktuelle Maßnahmen, was die Gewerbetreibenden und die Bürger in Salzburg ärgern. Das ist zum Beispiel, was wir heute in der Früh gehört haben, die Nulltoleranz im Straßenverkehr.

In Bergheim haben wir einen Bäcker, der fährt um 4:30 Uhr sein Brot in der Münchner Bundesstraße, er ganz allein auf der Straße. Die Münchner Bundesstraße zehn Meter breit, völlig ausgeleuchtet, statt 50 56. Ein schweres Verbrechen, weil er einen Haufen Leute gefährdet. Es war zwar niemand da, die Straße ist geradeaus und frei und muss 40 Euro bezahlen. Das sind einfach Sachen, die die Wirtschaft nicht versteht und da ist diese null Toleranz, was vom Verkehrslandesrat ausgerufen worden ist, total fehl am Platz. Wenn wo null Toleranz ist, dann soll das bitte sein vor Kindergärten, Seniorenheimen oder so, aber nicht zu Unzeiten auf zehn Meter breiten Straßen.

Leider ist meine Redezeit schon zu Ende, was mir die Frau Präsidentin anläutet, aber ich möchte zum Schluss das noch einmal unterstreichen, vielleicht kann man über das heute Gesagte von allen Parteien, wofür ich mich sehr bedanke, ein kurzes Protokoll machen und allen Landesbediensteten zukommen lassen. (Beifall der Abg. Steiner-Wieser)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit haben wir die Aktuelle Stunde abgeschlossen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt Mündliche Anfragen kommen, ersuche ich die Zweite Präsidentin, den Vorsitz zu übernehmen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen jetzt zu

Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Mir liegen acht mündliche Anfragen vor.

5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend bezahlbares Wohnen

Die erste mündliche Anfrage ist im Augenblick nicht aktuell, machen wir es so, dann passt es auf jeden Fall. Wir kommen zur zweiten

5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend: „Schimmelbefall im Landeskrankenhaus“

Frau Abgeordnete, bitteschön!

Abg. Steiner-Wieser: Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Der Umzug der anästhesiologischen Intensivstation wurde unter anderem mit erheblichen baulichen und hygienischen Mängeln des Gebäudes argumentiert. Ab 2017 soll die gleichfalls hochtechnische Dialysestation anstelle einer seit 2 Jahren sofort umsetzungsfähigen Containerlösung in diesen Problemstandort, unter anderem Verdacht auf Pilzbefall des Mauerwerkes und Asbestkontamination, als Interimslösung für mindestens zehn Jahre und ohne Erweiterungsoptionen neuverortet werden.

Ich stelle daher an Sie folgende Anfrage: Ist Ihnen der Verdacht auf Pilzbefall und Asbestkontamination bekannt? Falls nein: Was sind Ihre nächsten Schritte? Falls ja: Wie ist Ihre weitere Vorgehensweise, um diese hygienischen Missstände zu beseitigen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Frau Abgeordnete!

Ich möchte vorweg einen Appell richten. Erstens einmal entbehren diese Verdachtsmomente jeglicher Grundlage und mein Appell, solche Anfragen nicht unbedingt vorher schon zu veröffentlichen. Wer die gestrige Zeitung gelesen hat, wird sehen, dass das sehr stark in Richtung Rufschädigung der SALK geht. Wir haben alle eine Verantwortung für unsere Krankenhäuser und für unsere SALK und deshalb würde ich in Zukunft bitten, viel sensibler mit solchen Anfragen vorzugehen.

Also meine Antwort ganz klar nein. Wir haben die Auskunft unseres Krankenhaushygienikers Dr. Stalzer, dass es keinerlei Hinweise auf Schimmel oder Pilze gibt. Es wurde mir versichert, dass auch dazu die Krankenhaushygiene ständig und engmaschige Kontrollen durchführt und allfällige Probleme natürlich sofort in Angriff genommen würden bzw. die letzten Kontrollen keine Probleme gezeigt haben. Vor etlichen Jahren hat es schon solche Meldungen gegeben und im Jahr 2009 hat es dann ein Gutachten der Krankenhaushygiene aus Innsbruck gegeben und dabei wurde festgestellt, dass es eben keine Schimmelpilzprobleme gibt.

Ich darf informieren, dass in diesem Gebäude in den vergangenen zwei Jahren zwei Stationen saniert wurden, die Dermatologie. Auch dabei konnte keine Schimmelbelastung festgestellt werden. Das Gebäude, das 1980 in Betrieb genommen wurde, ist im Vollbetrieb mit 77 Betten, Dermatologie und Kardiologie und drei Operationssälen. Die anästhesiologische Intensivstation wird aktuell im vierten Obergeschoß mit zehn Intensivbetten bespielt. Die letzte sanitätsbehördliche Einschau von Ende Mai, also 31. Mai 2016, ergab ebenfalls keine Mängel. Eine Asbestkontamination ist ebenso nicht bekannt und es ist den Krankenhaushygienikern völlig unklar, woraus dieser Verdacht abgeleitet wird.

Die nächsten Schritte sind dann noch abgeklärt. Wie schon angeführt, dieses Gebäude ist voll funktionsfähig und bleibt bis zur Fertigstellung des sogenannten Hauses B in Betrieb. Selbstverständlich werden die Kontrollen der Krankenhaushygieniker alle Tage bzw. alle zeitlichen Perioden aufrecht und wird regelmäßig und engmaschig kontrolliert.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. Steiner-Wieser: Zusatzfrage: Stellen Sie uns dieses Gutachten aus Innsbruck zur Verfügung? Wäre das möglich?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Da muss ich rückfragen bei der GesmbH. Das ist nicht so, dass Gutachten einfach zur Verfügung gestellt werden. Ich muss schauen, wie die rechtlichen Grundlagen sind. Aus meiner Sicht ich habe nichts dagegen, aber wenn GmbH-rechtliche Themen dagegen sprechen würden, kann ich es nicht zur Verfügung stellen. Daher kann ich es jetzt nicht versprechen, sondern ich kann mich dafür verwenden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete, Du hast noch eine Möglichkeit.

Abg. Steiner-Wieser: Ich danke Ihnen für die Antwort. Ich kann sogar verstehen, dass Sie versuchen, sämtliche Vorwürfe zu entkräften, aber ich darf dazu bemerken, die Informationen über diese Verdachtsmomente sind direkt aus dem Landeskrankenhaus an uns herangetragen worden. Die Ärzte, Pflegepersonal, Patienten haben sich also hilfesuchend an uns gewandt und wir fragen ja lediglich an. Eigenartigerweise hört man die Klagen eigentlich nur immer nur aus dem Landeskrankenhaus. Ich habe noch nie Klagen aus dem UKH gehört, von den Barmherzigen Brüdern oder sonstigen Spitälern, die wir in Salzburg haben. Da darf ich auch, wenn Sie schon an mich einen Appell richten, an Sie einen Appell richten, Punkt eins, dass Sie wirklich, ich hab es Ihnen schon ein paarmal in persönlichen Gesprächen gesagt und auf Missstände hingewiesen, und dass Sie sich wirklich ernsthaft darum kümmern, ein neues Gutachten zu machen und ein weiterer Appell: bevor Sie offene Briefe schreiben und mit der Krankengeschichte von einem Kollegen politisches Kleingeld machen wollen, dann bitte zuerst sich um die SALK kümmern, dass die Patienten, die Ärzte und das Pflegepersonal zufrieden sind. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Wir kommen zur nächsten

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Bewilligungspflicht für Gartenhäuschen

Bitteschön!

Abg. Ing. Sampl: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Eine Anfrage: Am 16. Dezember 2015 wurde im Salzburger Landtag einstimmig beschlossen, dass eingeschossige Gartenhäuschen im Bauland bewilligungsfrei erstellt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese eine Grundfläche von 10 Quadratmetern nicht überschreiten, der Abstand zum Nachbargrundstück zwei Meter nicht unterschreitet und dass keine Heizung im Gartenhäuschen vorhanden ist. In der Ausschussdebatte wurde angeregt, diese Bewilligungsfreistellung im Zuge der Deregulierungsoffensive rasch umzusetzen.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 Landtagsordnung folgende mündliche Anfrage. Erstens: Hat der genannte Vorschlag Einzug in das Deregulierungspaket gefunden? Wenn nein, warum nicht bzw. wie ist der weitere Fahrplan zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Herr Abgeordneter. Ja, der Vorschlag ist selbstverständlich in das Deregulierungspaket aufgenommen worden. Der Stand ist folgender: Die zuständige Abteilung zehn hat bereits einen Novellierungsentwurf zur Umsetzung dieses Vorschlages und auch Landtagsbeschlusses an die Landeslegistik übermittelt.

telt. Die Landeslegistik erstellt nun einen konkreten Gesetzesentwurf, der dann in die Begutachtung geht und auch vom Landtag zu beschließen sein wird. Die Regelung sieht derzeit die Bewilligungsfreistellung im Baupolizeigesetz vor, konkret betrifft das den § 2 Abs. 2 des Baupolizeigesetzes. Und bei der Nachbarschaftsregelung kann an die bestehende Regelung im § 25 des Bebauungsgrundlagengesetzes angeknüpft werden. Also diese beiden Schwellenwerte und auch der Nachbarschaftsabstand werden in diesen beiden Regelungen aufgenommen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Ing. Sampl: Sehr gut. Vielen Dank. Ich ersuche, weiterhin an der Vereinfachung dranzubleiben.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Damit kommen wir zur nächsten

5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Entbürokratisierung

Bitteschön!

Abg. Schneglberger: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ich denke eine Anfrage, die gut zum aktuellen Thema passt, zur Aktuellen Stunde passt, die wir gerade erörtert haben. Ich darf folgende mündliche Anfrage an Dich richten.

Eines der großen Projekte der amtierenden Landesregierung sollte die Entbürokratisierung sein. In einem Interview in der SN vom 8. August 2015 hat Landeshauptmann Dr. Haslauer angekündigt, dass damit schon im Herbst 2014 gestartet wurde, um es den Unternehmen leichter zu machen. „Wir haben alle Abteilungen beim Land aufgerufen, je zehn Maßnahmen zu nennen, wo man ganz konkret Verwaltung abbauen und Gesetze streichen kann. Da kommen wir auf über 100 überflüssige Verwaltungsakte, die man abbauen kann.“ So das wörtliche Zitat. Anderen Medienberichten zufolge wollte er ein Drittel der Naturschutzverfahren einsparen.

Ich stelle dazu gemäß den gesetzlichen Bestimmungen folgende mündliche Anfrage. Erstens: Wie viele überflüssige Verwaltungsakte konnten in Ihren Abteilungen, also in Ihrer Ressortzuständigkeit, inzwischen tatsächlich identifiziert und eingespart werden, insbesondere welche davon im Bereich des Naturschutzes?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Herr Abgeordneter. Auch diese Anfrage beantworte ich sehr gerne. Das Ziel der Deregulierung war in erster Linie das Durchforsten und Entrümpeln von Vorschriften aus unseren Ressortbereichen, wodurch in unseren Wirkungsbereichen etwas erleichtert oder auch eingespart oder schlichtweg komplett entbehrlich sein kann. Diese Vorschriften aus unseren Ressortbereichen sollten das Ziel verfolgen, Verfahrensaufwand einzusparen, und zwar sowohl für Behörden für den Vollzug, aber auch für den Projektwerber im Genehmigungsverfahren oder überhaupt gewisse Verfahrensschritte entbehrlich zu machen.

Aus meinen zuständigen Abteilungen, das sind die Abteilungen Naturschutz, Umweltschutz, Raumordnung und Baurecht sind insgesamt etwa 50 Vorschläge eingebracht worden, die sowohl gesetzliche Änderungen auf Basis von Landesgesetzen erforderlich machen, aber auch Vollzugsanweisungen umfassen. Das betrifft zum Beispiel die Vorgangsweise bei Auszahlungen von Pauschalbeträgen für die Berg- und Naturwacht. Also es sind manchmal einfach konkrete Abläufe, die wir im Zuge dieses Deregulierungspaketes ausfindig gemacht haben.

In meinem Ressortbereich sind folgende Rechtsmaterien berührt. Es betrifft wie schon angesprochen das Naturschutzgesetz. Damit verbunden auch die allgemeine Landschaftsschutzverordnung, auch das Nationalparkgesetz, Raumordnungsgesetz und Baurecht, das bereits zitierte Veranstaltungsgesetz und auch das Tanzschulgesetz. Ich darf aus dem Bereich der Abfallwirtschaft noch einige Beispiele anführen, zum Beispiel die Genehmigungspflicht für die Abfallbehandlung von Abfällen aus anderen Bundesländern. Das ist eine Regelung gewesen aus einer Zeit, in der wir mit massiver Deponieraumknappheit gekämpft haben und dieses Problem hat sich im Laufe der letzten Jahre im Bereich der Abfallwirtschaft schlichtweg gelöst und ist dadurch entbehrlich geworden. Gerade im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es noch einige weitere solcher Vorschläge, die ohne Einbußen in der fachlichen Qualität und schlichtweg aufgrund anderer Entwicklungen in der Abfallwirtschaft nicht mehr erforderlich sind.

Im Bereich Naturschutz, wie angesprochen, sind eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen in das Naturschutzgesetz, in die Naturschutzgesetznovelle aufgenommen worden. Zum Beispiel Schwellenwerte für den Bewilligungstatbestand bei wesentlichen Änderungen. Dadurch soll einerseits Verfahrensaufwand für kleinere Änderungen definiert und festgelegt, aber dadurch auch eingespart werden können und es soll auf der anderen Seite auch zu Rechtssicherheit führen. Der Entfall der Bewilligungspflicht für Verbesserungsmaßnahmen auf bestehenden Deponien oder Ablagerungen ist ebenfalls eine Regelung im Naturschutzgesetz, die gestrichen wird. Entfall von Bewilligungspflicht für Verkehrsflächen, wenn sie gänzlich von als Bauland gewidmeten Flächen umschlossen sind. Also auch die Lage von bestimmten Projekten wird künftig eine Rolle spielen.

Es werden auch Erweiterungen für den Anwendungsbereich des vereinfachten Verfahrens aufgenommen, um damit den Verfahrensaufwand zu reduzieren. Das bedingt aber zum Teil auch, dass die Projektwerber konkrete und ausreichend aussagekräftige Einreichunterlagen

vorlegen müssen. Es ist immer der Versuch, sich beide Seiten der Medaille anzuschauen, nämlich dass die Behörden gute Qualität an Einreichunterlagen bekommen und auf Basis guter Einreichunterlagen ein deutlich vereinfachtes Verfahren machen können.

Auch die allgemeine Landschaftsschutzverordnung ist davon umfasst. Auch hier geht es um Einsparungen bei der Bewilligungspflicht und Einführung von Schwellenwerten. Auch hier ganz stark verknüpft mit der Raumordnung, wenn es sich um Flächen im Bauland handelt. Hier sind wir der Meinung, dass ohne Qualitätsverlust für den Naturschutz insgesamt Verfahren eingespart werden können.

Eine wichtige Regelung wird es zum Thema Verantwortung und Überprüfung von konkreten Bescheidauflagen geben. Hier wird es eine Möglichkeit geben, dass der Projektwerber der Behörde gegenüber in Form einer befugten Person nachweist, dass die Bescheidauflagen zur Gänze eingehalten worden sind, wenn diese Form des Nachweises auch im Bescheid so vorgesehen ist. Damit entlasten wir einerseits die Behörden von Überprüfungspflichten, können uns auf stichprobenartige Überprüfung beschränken und die Behörde wird etwas entlastet.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Schneglberger: Danke. Eine Zusatzfrage. Ich meine das ist für mich eine ganz eine klare Geschichte. So ein Projekt impliziert ja, dass beide Seiten davon profitieren sollen. Auf der einen Seite die Behörde durch einen entsprechend schlankeren Aufwand, durch eine Konzentration auf die wesentlichen Verfahren und auf eine Verkürzung der Verfahrensdauer und auf der anderen Seite natürlich für den Projektwerber vereinfachte kürzere Verfahren und natürlich weniger Aufwand für ihn.

Du hast ausgeführt, dass aus Deinem Verantwortungsbereich 50 Vorschläge eingelangt sind. Hierzu meine Frage: Wer hat über diese 50 Vorschläge entschieden, ob sie positiv umgesetzt werden oder nur teilweise oder gar abgelehnt werden? Wie viele von diesen 50 Vorschlägen wurden positiv bzw. negativ entschieden? Wie viele davon sind umgesetzt bzw. wie lange wird die Umsetzung aller dieser 50 Vorschläge wahrscheinlich noch dauern?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Das waren drei Fragen in einem. Ich ersuche bitte immer zwei Zusatzfragen sind maximal erlaubt. Bitte jetzt um die Beantwortung, aber das zu berücksichtigen.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Also diese 50 zitierten Vorschläge waren bereits die mit Ressortzustimmung freigegebenen Vorschläge. Es hat durchaus auch einige Vorschläge gegeben, die aber nach Abwägung mit der Abteilung nicht freigegeben worden sind. Die Umsetzung ist bereits im Laufen. Das Tanzschulgesetz ist bereits nach einem durchgeführten Begutachtungsverfahren fertig für die Aufhebung. Also es gibt bereits Schritte, die schon weitestgehend vorbereitet sind.

Bei der Naturschutzgesetznovelle sind alle diese Punkte bereits eingearbeitet. Also der Prozess ist weit fortgeschritten und sollte bis zum Herbst aus meinem Ressortbereich auch mit der Abfallwirtschaft, würde ich sagen insgesamt 50 % aus meinem Ressort bereits abgeschlossen sein.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter, Du hast jetzt die Möglichkeit einer Zusammenfassung, weil Du all Deine Fragen bereits ausgeschöpft hast. Bitteschön!

Abg. Schneglberger: Danke sehr Frau Präsidentin. Ich hatte nichts anderes im Sinn. Klingt sehr positiv. Ich hoffe, dass es möglich ist, hier wirklich eine zügige Umsetzung zu erreichen und dass das nicht nur in Deiner Ressortverantwortlichkeit passiert, sondern auch in allen anderen Bereichen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Jetzt die vorletzte

5.6 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Information bei meldepflichtigen Krankheiten zwischen Landessanitätsdirektion und niedergelassenen ÄrztInnen

Bitteschön!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Mündliche Anfrage: Grundsätzlich sind die Meldewege und Meldepflichten eindeutig im Epidemiegesetz geregelt. Die Landessanitätsdirektion führt die Meldungen nach medizinischen Grundsätzen gezielt durch. Nachdem zwar bei den meldepflichtigen Krankheiten das Bottom up-Prinzip, also vom Krankenhaus oder niedergelassenen Arzt oder Ärztin zur Landessanitätsdirektion funktioniert, nicht jedoch das Bottom down-Prinzip, hat die SPÖ in den Ausschussberatungen am 13. April 2016 zum Thema „Impfungen“ unter anderem gefordert, dass die Landesregierung durch die Landessanitätsdirektion die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte verpflichtend über auftretende meldepflichtige Krankheiten wie zum Beispiel Masernerkrankungen umgehend informieren soll. Auch Sie haben das im Ausschuss vernommen und zugesagt, dass Sie gerne mit der Landessanitätsdirektion darüber reden, wie man den Informationsfluss von der Landessanitätsdirektion zu den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen verbessern kann.

Dazu stelle ich folgende mündliche Anfrage. Erstens: Wann hat dieses Gespräch stattgefunden? Zweitens: Welche Maßnahmen werden seitens des Gesundheitsressorts bzw. der Landessanitätsdirektion zur Verbesserung der Kommunikation zu den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen bei meldepflichtigen Krankheiten gesetzt?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Danke. Herr Klubvorsitzender!

Bei der Meldepflicht nach dem Epidemiegesetz, wie Du schon ausgeführt hast, gibt es klare gesetzliche Regelungen. Allerdings hat mir die Landessanitätsdirektorin mitgeteilt, dass die Meldemoral oft zu wünschen übrig lässt. Das Bottom up-Prinzip funktioniert leider nicht anstandslos und deshalb gibt es auch immer wieder sozusagen mahnende Informationsschreiben der Landessanitätsdirektorin, dass sozusagen diese Meldepflicht auch ernster genommen wird. Das Gespräch hat gleich nach dem Ausschuss am 13. April stattgefunden und wir haben darüber beraten, sozusagen wie da die Kommunikation verbessert werden kann.

Wir haben auch in den regelmäßigen Besprechungen mit dem Ressort das einmal zum Thema gemacht und es wurden dann Überlegungen angestellt, wie die weitere Vorgangsweise sozusagen zu machen wäre. Eine Meldepflicht seitens der Oberbehörde besteht laut Landessanitätsdirektorin nicht. Es ist aber so, dass die Weiterleitung jeder meldepflichtigen Erkrankung, das wären zum Beispiel 2015 1.270 gemeldete Fälle gewesen, das scheint also von der Größe her wesentlich übertrieben zu sein und die Direktorin sagt auch, dass das eine unnötige Belastung in Richtung niedergelassener Ärzte wäre, also wirklich jeden Fall zu melden.

Eine direkte Kontaktaufnahme hat die Behörde immer dann, wenn es darum geht, Erkrankungen abzuklären und die Ausbreitung zu verhindern. Ein Sonderfall ist allerdings bei Meningokokken und Masernerkrankungen. Da werden laut Auskunft der Landessanitätsdirektorin die Informationen lückenlos an einen größeren Kreis auch jeweils gegeben über die Kinderärzte, die dann sozusagen Schneeballprinzip wieder weiter informieren und auch die Ärztekammer. Die Sanitätsdirektorin ist der Meinung, dass die jetzige Vorgangsweise sozusagen immer wieder darauf aufmerksam machen, dass das Bottom up-Prinzip funktioniert und die Vorgangsweise, dass spezielle Krankheiten dann wirklich im größeren Rahmen informiert werden und kommuniziert werden, dass die Vorgangsweise aus ihrer Sicht die zielführende ist.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Damit kommen wir zur letzten

5.7 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Novelle Kinderbetreuungsgesetz

Bitteschön!

Abg. Riezler-Kainzner: Danke Frau Präsidentin. Am 16. Dezember hat der Landtag beschlossen, dass die Landesregierung ersucht wird, dem Landtag auf Basis des Berichts des Unterausschusses eine umfassende Novelle des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes vorzulegen mit einem Zwischenbericht, der bald kommen soll, damit das neue Gesetz spätestens mit dem Kindergartenjahr 2017/18 in Kraft treten kann.

Ich stelle daher die mündliche Anfrage: Wie ist der derzeitige Stand zum konkreten Entwurf eines neuen Kinderbetreuungsgesetzes?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Liebe Frau Abgeordnete, liebe Ingrid!

Ich kann Dich informieren, dass wir derzeit sehr intensiv arbeiten und im Plan sind. Wir orientieren uns an den Vorgaben vom Landtag vom Beschluss des 16. Februar und ich habe mir jetzt gerade noch einmal ganz im Detail angeschaut, was die einzelnen Fraktionen als Schwerpunkte hatten.

Schwerpunkt bei Euch war unter anderem, dass Eltern nicht mehr als Bittstellerinnen auftreten müssen. Das ist der Bereich des Versorgungsauftrages und der Bedarfsplanung, die gerade, und das merken wir in den Diskussionen, eines der Herzstücke ist in den Gesprächen auch mit dem Städtebund und Gemeindeverband. Da sind wir sehr intensiv am Arbeiten, dass es einerseits eine klare einfache Lösung ist und mehr Verbindlichkeit auch für die Eltern bringt.

Von Seiten der ÖVP ist das schlanke vollziehbare Gesetz als ein Schwerpunkt genannt worden. Das ist auch ein intensives Ringen von allen, die dieses Gesetz jetzt neu überarbeiten, dass Bestimmungen, die nicht im Gesetz sein müssen, nicht reingenommen werden, dass Bestimmungen kritisch hinterfragt werden, wie zum Beispiel das Thema der Bewilligungen der Tageseltern. Da wird es eine Vereinfachung auch im Ablauf geben. Die Bewilligungskompetenz wird das Referat übernehmen und sie kommt weg von den Bezirkshauptmannschaften.

Von Seiten der FPS, also vom Abgeordneten Essl kam ganz stark das Thema des Fördersystems und dass Gemeinde und Städte da auf einen Nenner gebracht werden müssen. Das ist der zweite große Knackpunkt. Da gibt es die intensiven Diskussionen und auch Blicke über unsere Grenzen hinweg, wie andere Bundesländer das lösen. Die Kolleginnen des Referates waren in Tirol und haben es sich angeschaut. Wir sind noch nicht ganz zufrieden mit dem, was jetzt am Tisch liegt. Wir drehen noch einmal eine Runde, ob wir das Fördersystem nicht noch einfacher machen können. Es soll eine Entlastung bringen für die Verwaltung des Landes und auch mehr Möglichkeiten für die Gemeinden. Also da ringen wir auch sehr intensiv darum.

Gabi Fürhapter hat das Thema "verpflichtendes Kindergartenjahr auch am Nachmittag" eingebracht. Das ist schon umgesetzt. Von Grüner Seite wurde unter anderem das Thema Kindeswohl eingebracht. Wichtig ist, dass sich das im Gesetz wiederfindet. Das wird gleich in den ersten Paragraphen verankert werden. Das Planungstool ist bereits umgesetzt. Den Gemeinden stehen jetzt die Daten zur Verfügung, die auch die Basis für die Bedarfserhebung sein werden.

Zum Zeitplan: Der Zwischenbericht wird mit Ende Juni vorgelegt werden. Plan ist, dass wir eine Amtsvorlage mit Sommer haben. Dadurch, dass wir jetzt beim Fördersystem noch einmal eine Schleife drehen, wird das nicht Ende Juni sein. Ich gehe davon aus, dass wir die Vorlage im Herbst haben. Bei den ersten politischen Gesprächen befinden wir uns in den Terminvereinbarungen mit den Vorsitzenden oder Präsidenten des Städtebundes und des Gemeindeverbandes. Auf der fachlichen Ebene hat sich das fortgesetzt, was Jutta Kodat auch bei der letzten Diskussion im Unterausschuss gesagt hat, dass es eine Diskussion auf Augenhöhe ist. Sehr intensiv wird mit Städtebund und Gemeindeverband auf der fachlichen Ebene fast im wöchentlichen oder zweiwöchigen Abstand diskutiert und geschaut, dass wir ein Gesetz machen, das wirklich umgesetzt werden kann und wo auch die Städte und Gemeinden mitgehen.

Die Struktur des Gesetzes steht im Grunde einmal. Es gibt auch fast von allen Passagen schon Entwürfe. Wir bezeichnen das Ganze als Work in progress, weil immer wieder Schleifen gedreht werden, damit das Ganze noch einfacher und schlanker wird. In der inhaltlichen Erarbeitung lassen wir die Vorgaben des Unterausschusses immer mitlaufen: Das Kindeswohl ist schon verankert, Kinderbetreuungsjahr, Vereinheitlichung, landesstatistisches Planungstool habe ich schon gesagt. Die Richtlinien der Räume werden in einer eigenen einfachen Verordnung zusammengefasst. Alles, was Bautechnik ist, ist raus aus dem Kinderbetreuungsgesetz und aus den Verordnungen. Die Verordnung wird nur mehr das beinhalten beinhalten, was wirklich notwendig ist für die Kinder-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Wenn Du darüber hinaus noch mehr Orientierung willst, bitte noch einmal nachfragen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler-Kainzner: Der Knackpunkt wird natürlich eben die Finanzierung sein und natürlich auch die Umstellung des Finanzierungssystems. Ich habe das jetzt richtig verstanden, dass seitens des Ressorts noch kein konkreter Vorschlag jetzt vorliegt, mit dem man in Verhandlungen gehen will oder soll gleich von vornherein mit Städte- und Gemeindebund gemeinsam ein Modell erarbeitet werden?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Derzeit gibt es in unseren Systemen ein Personalförderungssystem und ein Prokopfförderungssystem. Es ist einmal durchgerechnet worden und geschaut worden wie es aussieht, wenn man es auf einer Gruppenförderungsbasis machen würde, so wie Tirol das macht. Da liegen erste Grobentwürfe vor. Wir gehen jetzt aber noch einmal eine Schleife und schauen, ob wir das System noch einfacher machen können und werden das gemeinsam auch in der Abstimmung mit Gemeindeverband und Städtebund machen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler-Kainzner: Gut. Dann danke ich für die Beantwortung und hoffe wirklich, dass es eine sehr, sehr umfassende Nivellierung bzw. ein neues Gesetz werden wird, weil ich glaube das ist die Voraussetzung, dass Kinderbetreuung auch in Zukunft wirklich gut aufgestellt werden kann, hinsichtlich Qualität, hinsichtlich Finanzierung, hinsichtlich Quantität, alles, was damit zusammenhängt. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Damit kommen wir zu

Punkt 6: Dringliche Anfragen

Zuallererst habe ich eine Frage: Sollte die dringliche Anfrage, ist es Ihr Wunsch noch vorgelesen werden? Sollte noch vorgelesen werden oder nicht? Ansonsten ersuche ich meine Aushilfsschriftführerin im Augenblick die Anfrage vorzulesen. Wie schaut es aus? Verzichten wir darauf? Wir verzichten darauf und ich rufe auf die

6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Patientendaten

(Nr. 190-ANF der Beilagen)

Das befragte Regierungsmitglied, will ich nur in Erinnerung rufen, hat jeweils zehn Minuten Zeit zur Beantwortung und der Fragesteller auch. Abgeordnete und Regierungsmitglieder jeweils fünf Minuten. Wir haben 45 Minuten Zeit. Damit bitte ich gleich zur Beantwortung zu kommen und ich ersuche Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl ans Rednerpult zu gehen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Kolleginnen und Kollegen von der Regierung!

Ich bedanke mich grundsätzlich für diese dringliche Frage, weil ich denke wir können da einige Irrtümer und Kommunikationsfehler, die passiert sind, aus dem Weg räumen. Ich möchte vorweg festhalten, dass ich in meinem Schreiben vom 25. Mai keineswegs auf Details einer Operation oder Details eines Patienten eingegangen bin. Ich habe auch keine Informationen gehabt und habe heute mittlerweile nur jene Informationen, die mir Gerd Brand in einem E-Mail übermittelt hat.

Bei einem Lungautag war natürlich die Generalsanierung des Krankenhauses das Hauptthema und auch die Umstrukturierung das Hauptthema. Da habe ich erfahren oder da wurde mir erzählt, dass eben Bürgermeister und Landtagsabgeordneter wegen seiner Hüfte im Spital, im Krankenhaus in Spittal an der Drau war. Das war die einzige Information und dass irgendwelche Patientendaten an mich herangetragen wurden, ist absolut nicht der Fall gewesen und ich darf das ganz wichtig betonen.

Die medizinischen Fachausdrücke, und da denke ich ist mir ein Kommunikationsfehler passiert, diese Ausdrücke sind ausschließlich jene medizinischen Ausdrücke, die die Schwerpunkte der Landeslinik Tamsweg betreffen. Diese Ausdrücke haben nichts mit einem personenbezogenen Krankheitsbild oder mit einer Person zu tun, sondern sind genau jene Fachschwerpunkte unseres Krankenhauses, die übrigens auf der Homepage für jeder Mann, jede Frau jederzeit auch zugänglich sind.

Ich möchte in Beantwortung der Fragen wirklich unmissverständlich darauf hinweisen, dass ich weder Details kenne, noch mir Details zugespielt wurden und zur Frage ELGA. Ich habe keinen Zugriff auf ELGA. Ich kann auch noch keinen Zugriff auf ELGA haben, selbst wenn ich das als ressortzuständiges Regierungsmitglied irgendwann einmal bekommen sollte, das weiß ich noch nicht, wie das rechtlich ist, aber ELGA wird in Salzburg erst im kommenden Herbst eingeführt. Momentan wird ELGA in Wien und in der Steiermark getestet und wenn diese Vortestphase positiv abgeschlossen wird, dann ist im November die Implementierung von ELGA auch in Salzburg vorgesehen.

Was die Frage fünf betrifft die Kündigungen aufgrund von irgendwelchen datenschutzrechtlichen Missachtungen in der SALK, gibt es seit meiner Ressortzuständigkeit keine. Es ist mir auch von der SALK bestätigt worden, dass es keine Kündigungen aus diesem Grund gegeben hat in den letzten drei Jahren. Ich wäre auch keineswegs zuständig für Kündigungen weder in der SALK noch in einem anderen Krankenhaus.

Ich möchte betonen, dass im gesamtpolitischen Kontext diese Auseinandersetzung zu sehen ist. Gerd Brand, der Abgeordnete und Bürgermeister hat sich bekanntlich zu den Themen Sanierung Krankenhaus Tamsweg, Reduktion der Betten, Neustrukturierung zum Beispiel Tagesklinik immer wieder kritisch geäußert und sich auch aktiv eingebracht. Das ist auch richtig und gut so, dass sich die Abgeordneten und betroffene Bürgermeister in die Diskussion einbringen.

Einzig aus diesem Grund, einzig aus diesem Kontext heraus, aus dem politischen Diskurs heraus habe ich in diesem offenen Brief eben meiner Verwunderung Ausdruck verliehen, dass Gerd Brand nicht das Krankenhaus in Tamsweg gewählt hat, sondern eben ein anderes gewählt hat, zumal wir, und das ist der eigentliche Auslöser gewesen, wir in der Chirurgie ja Schwerpunkte für die Hüfte haben. Aber wie gesagt diese Informationen, die medizinischen Ausdrücke haben nichts mit personenbezogenen Daten zu tun, sondern ausschließlich mit den Schwerpunkten, die wir über die Homepage in Tamsweg auch sozusagen bekannt machen und der Öffentlichkeit darstellen.

Ich habe auch in meinem Brief klar hingewiesen, dass es jeder Mann, jeder Frau natürlich frei steht, den Arzt, die Ärztin selber auszuwählen bzw. auch das Krankenhaus zu wählen. Ich habe leider in meinem Brief die stark persönliche Betroffenheit nicht bedacht bzw. einfach unterschätzt und habe mich dann auch dafür entschuldigt und betone noch einmal an dieser Stelle die ganze Situation, die ganze Sache ist rein im politischen Kontext von meiner Seite aus verstanden und hat nichts mit irgendwelchen persönlichen Daten zu tun. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Jetzt hat der Antragsteller das Wort. Abgeordneter Brand, Du hast zehn Minuten.

Abg. Brand: Hohes Haus! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Ich habe mir jetzt eigentlich keine andere Anfragebeantwortung von Dir erwartet. Aber zufälligerweise, wie ich gestern zu Mittag wieder am Weg ins Krankenhaus nach Spittal zu einer MRT-Untersuchung war, habe ich eine Nachricht gehört über eine Datenschutzkommission, dass es immer wieder vorkommt, dass die Patientendaten in Krankenhäusern, im speziellen von den Mitarbeitern, in anderen Stationen auftauchen und das schon jahrelang so passiert, obwohl ELGA eigentlich noch nicht eingeführt ist. Also muss es meines Erachtens auch andere Wege geben, wie die Daten weitergeben werden. Ich kann das natürlich nicht nachprüfen, ich kenne die Vorgänge in Krankenhäusern nicht, wie die Daten verwaltet werden, wie der Umgang mit den Daten ist.

Aber es gibt natürlich auch über die Gesundheitsdaten hinaus noch weit mehr sensible Daten von Bürgern, die schützenswert sind, die hohen Schutzbedarf haben. Es gibt eine große Diskussion in der Bevölkerung über diese Daten. Jeder hat Angst. Der gläserne Mensch. Alles, was privat ist, wird in die Öffentlichkeit gezerrt, und das ist eine nicht zu unterschätzende Entwicklung, der man sicher entgegenwirken muss und die man nicht zusätzlich durch solche Schreiben anheizen sollte und damit die Zweifel in der Bevölkerung weiter befeuert.

Ich habe Dir, Christian, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, nie persönlich erzählt was ich getan habe. Was mich verwundert, was ich nie tun würde, wenn ich von dritten Personen erfahre, wie Du es jetzt geschildert hast, was ein anderer operieren lassen hat, dass ich dann einen Brief an die Medien verfasse und das öffentlich mache, ohne dass es mir persönlich gesagt wurde, persönlich von dem Betroffenen mitgeteilt wurde. Ob das eine Datenschutzverletzung ist, das kann ich nicht beurteilen, ich bin kein Datenschützer, aber auf jeden Fall müsstest Du auch aus Deiner Funktion als Bürgermeister wissen, wie viele Daten man erhält von Bürgern, die denen ihre Privatsache sind und die meines Wissens nach oder aus meiner Erfahrung zu 100 % bei mir sicher sind, weil es einfach wichtig ist, die Persönlichkeit jedes einzelnen zu schützen.

In dem Zusammenhang, weil man ein bisschen genauer schauen anfängt, ist mir eines aufgefallen. Als ich ins WLAN eingestiegen bin im Land Salzburg im Chiemseehof, ist oben eine

Leiste eingeblendet, ob man zustimmt, dass die Daten personalisiert verwendet werden. Da muss man hinaufdrücken mit ok, ich drücke natürlich nicht auf ok, denn die Daten auf dem IPAD gehen niemanden etwas an, weil da sind auch teilweise persönliche Daten oben, die man eben per E-Mail von anderen Menschen bekommt. Das ist wieder ein weiterer Aspekt. Man sollte einfach nicht alle Daten, die man bekommt, verwerten und verwenden. Man sollte auch eventuell ein persönliches Gespräch suchen und die gesamte Politik sollte daran arbeiten, dass man sicherstellt, dass man daran arbeitet, dass die Bevölkerung das Vertrauen hat, dass die Daten sicher sind, die von ihnen abgespeichert werden.

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen. Ich nehme das zum Anlass, mich von ELGA abzumelden. Ich habe mich mit einem Arzt besprochen, der hat mir auch Recht gegeben, hat gesagt ja er täte es auch. Aber das ist nur eine Randnotiz und auch wieder eine persönliche Sache für mich, denn wie mir gesagt worden ist, ist da die Krankengeschichte gespeichert. Ich habe mich vorher noch nicht befasst damit, aber ich finde zum Beispiel lebensrettende Dinge oder wichtige Sachen für einen behandelnden Arzt im Notfall wie ein Herzschrittmacher oder ich weiß nicht was behandlungsrelevant ist, aber solche Dinge sollten sehr wohl zugänglich sein für die Ärzte, aber die gesamte Krankengeschichte abzuspeichern oder zugänglich zu machen für jeden, der die E-Card steckt, das ist sicher nicht der richtige Weg, weil es auch nicht notwendig ist für lebenserhaltende Maßnahmen. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und der Abg. Steiner-Wieser)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich Tagesordnungspunkt sechs – dringliche Anfragen. Wir gehen über zu

Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Ich werde wieder die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen und zur Abstimmung bringen. Ich verlese jene Berichte, die einstimmig im Ausschuss abgestimmt wurden. Ich lasse nur noch die einstimmigen Berichte abstimmen, alles andere machen wir dann Nachmittag. Wir setzen dann Nachmittag fort, wir unterbrechen dann danach die Sitzung.

Ich rufe nur die einstimmig verabschiedeten Berichte der Ausschüsse jetzt auf und gebe sie zur Abstimmung hier bekannt. Das wäre

7.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (Nr. 346 der Beilagen – Berichterstatte^rin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

7.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend die Beendigung der Privatbeteiligung am Strafverfahren von Funktionären infolge Schuldtilgung durch den Verein ASKÖ Landesverband Salzburg

(Nr. 348 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.6 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung des Salzburger Jugendlandtages

(Nr. 351 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

7.7 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler-Kainzner, Zweite Landtagspräsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Konradinum

(Nr. 352 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler-Kainzner)

7.8 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Dekarbonisierungsstrategie für Österreich

(Nr. 353 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

7.10 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Jöbstl und Bartel betreffend die Anti-Doping-Bestimmungen im Salzburger Landessportgesetz

(Nr. 355 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Bartel)

7.11 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Schneglberger und Ing. Mag. Meisl betreffend die Vorgehensweise bei Natur-Badeplätzen außerhalb von Freibädern

(Nr. 356 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Schneglberger)

7.12 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast betreffend Suizidprävention für Kinder und Jugendliche im Bundesland Salzburg

(Nr. 357 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

7.14 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015

(Nr. 359 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

7.15 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich

(Nr. 360 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Wer mit den Berichten der Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Danke. Damit sind diese Berichte abgestimmt und ich unterbreche die Sitzung, denn am Nachmittag haben wir dann alle Abgeordneten wieder anwesend und wir setzen in der Tagesordnung fort nach den Ausschüssen, die um um 14:00 Uhr beginnen. Ich wünsche Ihnen eine gute Mahlzeit. Danke.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:52 – 18:50 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen unsere Sitzung fort. Ich setze bei Top 7.2 unserer Abstimmung der Berichte und Anträge und Ausschüsse fort.

7.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Grundversorgungsgesetz geändert wird (Nr. 347 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

Wir stimmen ab Top 7.2. Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen den Klub der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, SPÖ, Grüne, Otto Konrad, Fürhapter gegen die Stimmen von Team Stronach, Klub FPÖ und Steiner-Wieser. Danke.

Ich rufe auf Top

7.4 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Fonds zur Förderung von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum in Salzburg für das Jahr 2014 (Nr. 349 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordnete Fürhapter gegen den Klub der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes des Ausschusses ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen Klub FPÖ und Steiner-Wieser.

Ich stimme ab Top

7.5 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Bericht der Landesregierung betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2013 – 2018, Fortschreibung 2015, für die 15. Gesetzgebungsperiode (Nr. 350 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordnete Fürhapter gegen FPÖ und Abgeordnete Steiner-Wieser. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen Klub FPÖ und Steiner-Wieser.

Lieber Kollege Naderer, für oder gegen? Darf ich Dich immer ersuchen, rechtzeitig aufzuzeigen, weil ich habe Dich jetzt gegen aufgerufen. Du bist pro. Bitte um korrekte rechtzeitige Handhebung, ansonsten das Abstimmungsverhalten schwer festzustellen ist.

Ich rufe auf Top

7.9 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Änderung des § 7 der Salzburger Feuerpolizeiordnung 1973
(Nr. 354 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen Klub FPÖ. Wer für die Annahme ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach Salzburg, Otto Konrad, Fürhapter, Steiner-Wieser gegen die Stimme des Klubs der FPÖ.

Ich rufe auf Top

7.13 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Senkung der Erdgaspreise für Kunden der Salzburg AG
(Nr. 358 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen SPÖ und Klub FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Team Stronach Salzburg, Otto Konrad, Gabi Fürhapter und Grüne gegen die Stimmen SPÖ und Klub FPÖ und Steiner-Wieser.

Ich rufe nunmehr auf Top

7.16 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum dringlichen Antrag der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Gitzentunnel
(Nr. 386 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Brand)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordnete Fürhapter gegen Klub FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, ÖVP, Team Stronach Salzburg, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter gegen die Stimmen Klub FPÖ und Steiner-Wieser. Danke.

Nun kommen wir zu Top

7.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Auswirkungen der Steuerreform auf die heimischen Vereine und die Tourismus- und Freizeitwirtschaft

(Nr. 387 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Hier fand eine punktweise Abstimmung statt. Die Punkte eins, zwei und vier wurden mit den Stimmen von ÖVP, Grüne, Abgeordneter Konrad gegen die Stimmen der SPÖ und Klub FPÖ abgestimmt. Wer den Bericht so zur Kenntnis nimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ÖVP, Grüne, Otto Konrad, Gabriele Fürhapter, Team Stronach Salzburg gegen SPÖ und Klub FPÖ und Steiner-Wieser. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt drei wurde abgestimmt mit ÖVP, SPÖ, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen den Klub der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist laut Ausschuss, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordneter Konrad, Fürhapter, Team Stronach Salzburg gegen die Stimmen Steiner-Wieser und Klub der FPÖ.

7.18 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz geändert wird

(Nr. 388 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchl)

Hier fand eine einstimmige Abstimmung im Ausschuss statt. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, ÖVP, Klub FPÖ, Team Stronach Salzburg samt Steiner-Wieser, Fürhapter und Konrad.

7.19 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 2015 geändert, das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 aufgehoben und der Landeswohnbaufonds aufgelöst werden

(Nr. 389 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne und Abgeordneter Konrad gegen SPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das sind ÖVP, Grüne, Team Stronach, Gabi Fürhapter und Otto Konrad gegen die Stimmen der SPÖ, Klub FPÖ und Steiner-Wieser. Lieber Helmut, darf ich Dich bitte um etwas Konzentration bitten, denn Du hast jetzt zweimal aufgezeigt. Bei dafür und dagegen. Ich habe Dich gezählt bei dafür. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Erst dafür und dann zur Geschäftsordnung!)

... Die Abstimmung ist erledigt. Du warst dafür und hast Dich dann zu Wort gemeldet. Hiermit hast Du das Wort. Bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Ich habe mich vorher zu Wort gemeldet, dass ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Antrag zu Wort melden möchte, den ich bei Dir schriftlich eingebracht habe.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Du hast mir einen Zettel hergelegt.

Klubobmann Abg. Naderer: Ja, ich habe gesagt das ist der Antrag, den ich zum Tagesordnungspunkt 7.19 einbringe. Und es steht man hat das einzubringen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Lieber Helmut, wir haben das Problem, dass ich die Abstimmung aufgerufen habe und Du Dich nicht zu Wort gemeldet hast, sondern bei der Abstimmung aufgezeigt hast.

Klubobmann Abg. Naderer: Darf ich sagen das war dann ein Hörfehler. Das habe ich nicht richtig vernommen. Ich melde mich zu Wort.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ich erläutere es für alle, die dieses Kuddelmuddel jetzt nicht verstehen. Ich habe zur Abstimmung aufgerufen. Es wurde abgestimmt und Kollege Naderer hat auch aufgezeigt, wurde als positiv gezählt und er wollte sich aber zu Wort melden. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Genau!)

... Zur Wortmeldung, wenn Du Dich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden willst, dann musst Du Dich melden bevor ich ihn zur Abstimmung aufrufe. Es gibt die Möglichkeit, dass wir diese Abstimmung wiederholen im Prinzip. Dazu braucht es aber die Mehrheit der Abgeordneten, das muss ich zur Abstimmung bringen.

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Zur Geschäftsordnung!)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gleich. Zuerst zur Geschäftsordnung der Kollege Essl.

Abg. Essl: Frau Präsidentin! Es müssen zwei Abgeordnete den Antrag unterschreiben.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Jetzt sind wir einmal, ob wir die Abstimmung wiederholen, lieber Lukas. Das Wort steht jetzt noch bei mir. ...

(Zwischenruf Klubobfrau Mag.^a Gutschi: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage eine Sitzungsunterbrechung, um das ordentlich zu klären, bevor wir in ein ordentliches Chaos ausbrechen!)

... Es wird kein Chaos ausbrechen, weil wir ganz normal, der Einwurf zur Geschäftsordnung hat den Antrag gebracht, über den wir noch gar nicht sprechen, weil wir eigentlich die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt abgeschlossen haben. Abg. Naderer kann einen An-

trag auf Reasümierung stellen. Dazu braucht es die Zustimmung der Abgeordneten und dann kommen wir erst zum Antrag, ob der ordnungsgemäß ausgeführt ist. Jetzt geht es darum, ob wir resümieren, quasi wiederholen. Das ist die Sache und ich habe noch immer die Leitung und den Vorsitz und um dieses Thema geht es jetzt.

Daher stelle ich jetzt die Frage, ob wir die Abstimmung wiederholen?

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Zur Geschäftsordnung!)

... Zur Geschäftsordnung bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Ich habe Dir keinen Zettel übergeben, so wie Du das bezeichnet hast, sondern ich habe Dir einen Zettel, so wie den Klubobleuten, wo Antrag oben steht mit meiner Unterschrift. Ich bin davon ausgegangen, dass das als geschäftsordnungsgemäß bei Dir eingebracht gilt. Dass Du dann die Abstimmung so schnell machst und ich das akustisch nicht wahrnehmen konnte, steht auf einem zweiten Blatt. Aber für mich ist das schriftlich bei Dir eingebracht und das glaube ich haben alle gesehen und selber bekommen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ja, das stimmt. Du hast es mir gegeben, aber Du musst Dich trotzdem zu Wort melden. Darum frage ich, ob wir die Abstimmung wiederholen, um was anderes geht es nicht. Das ist geschäftsordnungsmäßig korrekt. Daher stimmen wir ab, ob wir die Abstimmung wiederholen. Wer für eine Wiederholung der Abstimmung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Ich sage da gar nichts, weil das ist nicht geschäftsordnungsgemäß!)

... Ich sehe keine Zustimmung, auch von Dir nicht. Damit wird die Abstimmung nicht wiederholt. Und zur Vorgehensweise: Du hast Dich zu Wort zu melden und den Antrag vorzustellen. So ist er ordentlich einzubringen. Nichts anderes ist in unserer Geschäftsordnung geregelt. Damit setzen wir in unserer Abstimmung fort.

Klubobmann Abg. Naderer verlässt die Sitzung (19:09 Uhr).

Daher setzen wir fort mit der Abstimmung Top

7.20 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der A-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 390 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss und ich ersuche um Konzentration und bitte um Aufmerksamkeit was wir gerade tun. Wir stimmen ab, Abstimmungsverhalten im Ausschuss

ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordnete Fürhapter gegen Klub der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, ÖVP, Abgeordnete Fürhapter und Konrad. Gegenstimmen? Steiner-Wieser und Klub FPÖ.

Ich rufe auf Top

7.21 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der B-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 391 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordnete Fürhapter gegen die FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, ÖVP, Fürhapter und Konrad gegen die Stimmen des Klubs der FPÖ und Steiner-Wieser.

Ich rufe auf Top

7.22 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der D-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals

(Nr. 392 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne, Abgeordnete Fürhapter gegen die Stimmen der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, ÖVP, Fürhapter, Konrad gegen die Stimmen Klub FPÖ und Steiner-Wieser.

Danke. Damit haben wir diesen schwierigen Tagesordnungspunkt erledigt. Es meldet sich die Zweite Präsidentin zur Geschäftsordnung.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Präsidentin!

Darf ich noch einmal den Antrag stellen, ich habe schon mehrmals ersucht, dass wir dringliche Anträge aus dem Ausschuss, deren Resultat dann kurz darauf hier im Haus abgestimmt werden, nicht nur mit der Nummer aufgerufen werden, sondern dass für diese Berichte der Titel gelesen wird, damit wir wissen, über was wir abstimmen. Mit dem Durcheinander heute haben wir nicht mehr gewusst, um welchen Antrag geht es jetzt. Du gibst zwar das Abstimmungsverhalten bekannt, da vertraue ich Dir, aber nichtsdestotrotz ersuche ich noch einmal, die Anträge, die dringlich beraten werden, hier mit den Titel zu lesen, damit wir wissen, wann wir die Hand heben. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ich werde das bei der nächsten Sitzung so machen. Danke.

Ich rufe auf

Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Ich rufe nur mehr jene Beantwortungen auf, zu denen Debatte angemeldet wurde. Top 8.1 ÖVP!

8.1 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler-Kainzner an die Landesregierung (Nr. 141-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend „Wohnen auf Zeit“
(Nr. 141-BEA der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.5 Klub FPÖ!

8.5 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 147-ANF der Beilagen) betreffend die Interne Revision des Landes
(Nr. 147-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen, Frau Präsidentin!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.6 Grüne!

8.6 Anfrage der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat Mayr (Nr. 151-ANF der Beilagen) betreffend den zumutbaren Wohnungsaufwand
(Nr. 151-BEA der Beilagen)

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.12 ÖVP!

8.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 161-ANF der Beilagen) betreffend die Senkung der Mieten
(Nr. 161-BEA der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: 8.15 ÖVP!

8.15 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger an die Landesregierung (Nr. 164-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger- betreffend Erreichung der Klimaziele durch den Masterplan Klima und Energie (Nr. 164-BEA der Beilagen)

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Auch zurückgezogen! Alle zurückgezogen!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke.

8.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 143-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer und Landesrat Mayr - betreffend die Anbringung von Zusatztafeln unter Ortstafeln (Nr. 143-BEA der Beilagen)

8.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 145-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr und Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend Wohnobjekte für Asylwerber und Asylsuchende (Nr. 145-BEA der Beilagen)

8.4 Anfrage der Abg. Steiner-Wieser und Klubobmann Naderer an die Landesregierung (Nr. 146-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landesrätin Mag.^a Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern in Sportstätten (Nr. 146-BEA der Beilagen)

8.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 152-ANF der Beilagen) betreffend Sonderverträge zur Unterbringung von Flüchtlingen (Nr. 152-BEA der Beilagen)

8.8 Anfrage der Abg. Riezler-Kainzner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 155-ANF der Beilagen) betreffend Pflegeeltern (Nr. 155-BEA der Beilagen)

8.9 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 156-ANF der Beilagen) betreffend die österreichische Demenzstrategie 2015 (Nr. 156-BEA der Beilagen)

8.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 159-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beant-

wortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler - betreffend finanzielle Unterstützung der Polizei durch das Land Salzburg
(Nr. 159-BEA der Beilagen)

8.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 160-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2016
(Nr. 160-BEA der Beilagen)

8.13 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 162-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA - betreffend die aktuellen Zahlen zu den Asylwerbern und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
(Nr. 162-BEA der Beilagen)

8.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 163-ANF der Beilagen) betreffend die Stadtregionalbahn
(Nr. 163-BEA der Beilagen)

8.16 **Dringliche Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 165-ANF der Beilagen) betreffend Masterplan Klima + Energie 2020
(Nr. 165-BEA der Beilagen)

8.17 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Fuchs an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 175-ANF der Beilagen) betreffend die Entwicklungen des Energie- und Wasserverbrauchs durch Beschneidungsmaßnahmen
(Nr. 175-BEA der Beilagen)

8.18 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 166-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Geothermie (Nr. 166-BEA der Beilagen)

8.19 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 167-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Betriebliche Gesundheitsvorsorge (Nr. 167-BEA der Beilagen)

8.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 168-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Verkehrsgeschwindigkeitsbeschränkungen auf Salzburger Landesstraßen B und L sowie die Erhaltung der Landesstraßen (Nr. 168-BEA der Beilagen)

8.21 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 171-ANF der Beilagen) betreffend die Section Control im Pinzgau/Zell am See (Nr. 171-BEA der Beilagen)

8.22 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 176-ANF der Beilagen) betreffend die Salzburger Kulturpreislandschaft Neu (Nr. 176-BEA der Beilagen)

8.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 177-ANF der Beilagen) betreffend Einsparungen bei Sozialvereinen (Nr. 177-BEA der Beilagen)

8.24 **Anfrage** der Abg. Essl, Rothenwänder und Steiner BA MA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 182-ANF der Beilagen) betreffend die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung (Nr. 182-BEA der Beilagen)

Damit haben wir unsere Tagesordnung erledigt. Ich bedanke mich für die intensiven Debatten, ersuche um weiteres aufmerksames Mitarbeiten und Abstimmungsverhalten.

Ich berufe die nächste Sitzung für den 6. Juli 2016, 9:00 Uhr, ein und ich wünsche einen schönen Abend.

(Ende der Sitzung: 19:10 Uhr)

- . - . - . - . - . -

Dieses Protokoll wurde
am **6. Juli 2016**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in: